

Ordentliche Nutzung 2

GEWALTMONOPOLY (I)

Widerstand, Staat und Gewalt 4

VON ALEX GRUBER UND FLORIAN RUTTNER

VERGANGENHEITSÜBERWÄLTIGUNG

Von Deutschen für Deutsche 5

Die Ausstellung über den
Nationalsozialismus am Obersalzberg

VON FLORIAN MARKL

Deutscher Arbeitswahn und Antisemitismus 7

VON ULRIKE BECKER

Wege nach Ravensbrück 13

Eine Ausstellung in Österreich

VON DER PROJEKTGRUPPE „WEGE NACH RAVENSBRÜCK“

GEWALTMONOPOLY (II)

Bombengeschäfte – Die politische Ökonomie des Kosovo-Krieges 16

Eine Rezension VON MANFRED GMEINER

CONSCIENTIOUS OBJECTION

Antimilitarismus in der Türkei 18

VON JÖRG ROHWEDDER

SUBJEKTIVES OBJEKTIV

Krieg und Fotografie – Zur Wahrnehmung des Krieges 20

VON DORIS WALLNÖFER

GENDER SUBJECTION

Militär und Geschlechterverhältnis 23

Eine Rezension VON MARKUS PINTER

Impressum 3



Liebe Leserin, lieber Leser!

Auf die FPÖ ist Verlaß. Kaum hatten wir Ende letzten Jahres unsere gemeinsam mit der Grünen Bildungswerkstatt Wien und dem Grünen Rathausklub organisierte Veranstaltung zu Dealerparanoia und Rassismus angekündigt, hagelte es auch schon Presseerklärungen und Stellungnahmen in den parteieigenen Medien. Da die Proteste der FPÖ gegen unsere Veranstaltung einer gewissen Komik nicht entbehren, wollen wir sie, auch wenn das Ganze nun schon etwas zurückliegt, unseren Lesern und Leserinnen nicht vorenthalten. Besonders erregt hat die Lustfeinde von der FPÖ der im Anschluß an die Referate offerierte Imbiss. Es sei ungewiß, „was in den Keksen, Kuchen und Torten des Dealerparanoiabuffets denn so alles eingebacken worden ist“. Die Fanatiker der inneren Sicherheit empfahlen der Staatsgewalt, die Veranstaltung „zu beobachten und dann zuzuschlagen“. Auch zur Legitimation für die realen Rixe

mußte unser Versuch, ein wenig zur Reflexion des Zusammenhangs von Rassismus, sogenannter Organisierter Kriminalität und Hetze gegen Drogen und DealerInnen beizutragen, herhalten. Die Veranstaltung eigne sich hervorragend für die Schulung von Suchtgifthunden, da „sowohl Buffet als auch Zuhörerschaft fette Beute für den ausgeprägten Geruchssinn unserer vereinbarten Kommissare“ verspreche. Mit ihrem geradezu pathologischen Reflex auf unsere Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Dealerparanoia“ hat die FPÖ die Berechtigung des Veranstaltungstitels nochmals bestätigt.

Mittlerweile sitzt die FPÖ in der Regierung und hat die Möglichkeit, ihre Paranoia in materialisierte Gewalt in Form von Gesetzen und Verordnungen umzusetzen. Daß die Politik der Freiheitlichen jedoch nicht das genaue Gegenteil der bisherigen Regierungspraxis ist, daß die faschistoide Programmatik und

Propaganda von Haider & Co die Demokratie zwar transformieren, aber nicht abschaffen will, und daß sich die Kritik bei aller Bewußtheit über die konkreten Bedrohungen, die sich aus der Koalition von SS-Lobrednern und Dollfuß-Anhängern ergibt, nicht auf den Kampf gegen die F-Partei beschränken darf, sondern die unerträgliche gesellschaftliche Normalität in diesem Land, aus der heraus der Aufstieg der Freiheitlichen erst verständlich wird, ins Visier nehmen muß, haben in der letzten Nummer von **Context XXI** bereits mehrere Autoren und Redaktionsmitglieder dargelegt. Auf Grund dessen und angesichts der auch in anderen Publikationen bereits erschienen Beiträge zu diesem Thema haben wir für diese Nummer von **Context XXI** auf ausführliche Artikel zur FPÖ verzichtet. Dennoch stehen auch in diesem Heft Themen im Mittelpunkt, die bei der Diskussion über die Haiderei und die Gesellschaft, aus der sie erwächst,

zentral sind: die Art des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich und Deutschland sowie der Antisemitismus.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen scheint uns ein Hinweis auf eine Debatte sinnvoll, die in der Vorgängerzeitschrift von **Context XXI** stattgefunden hat. In den Nummern 1/98 bis 4/98 der *Zoom* entwickelte sich eine kontroverse und grundsätzliche Diskussion zur Gewalt und ihrer Bedeutung im emanzipativen Prozeß. In der gegenwärtigen Situation, in der die Forderung nach Gewaltfreiheit an die praktischen Kritiker und Kritikerinnen der Herrschaft gerichtet wird und nicht an die in Kampfanzügen auftretende, mit Helmen, Schildern, Schlagstöcken, Tonfas, Tränengas, Wasserwerfern und Pistolen ausgerüstete Staatsgewalt, würden wir uns ein Anknüpfen an diese Diskussion wünschen. Eine Anregung dazu hoffen wir mit dem kurzen Kommentar von Alex Gruber und Florian Ruttner geben zu können.

STEPHAN GRIGAT
FEBRUAR 2000

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Pinter, Alexander Schürmann-Emanuel (Hereingeber der Internet-Ausgabe) und Robert Zöchling (geschäftsführender Redakteur) **AutorInnen dieser Ausgabe:**

Ulrike Becker, Alex Gruber, Florian Markl, Projektgruppe „Wege nach Ravensbrück“, Jörg Rohwedder, Florian Ruttner, Doris Wallnöfer **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 25. April

Widerstand, Staat und Gewalt

VON ALEX GRUBER UND FLORIAN RUTTNER*

Ausländer, Fremde sind es meist,
die unter uns gesät den Geist
der Rebellion. Dergleichen Sünder
gottlob! sind selten Landeskinder.
(Heinrich Heine)

Die Stellung des Bürgers im



Die Strategie, die Heine 1853 ironisch auf den Punkt brachte, erfreut sich auch heute noch ungebrochener Beliebtheit: So machte an den Tagen nach dem Wasserwerfereinsatz bei einer der Wiener Demonstrationen die Meldung die Runde, deutsche Berufsanarchisten hätten die Demonstration unter ihre Kontrolle gebracht und die unbedarften DemonstrantInnen für ihre Gewaltorgien instrumentalisiert. Das staatsbürgerliche Bewußtsein kann dort, wo Fundamentalopposition sich äußert, nur zersetzende, ausländische, gewalttätige Mächte am Werk sehen. Das alltägliche, staatlich organisierte Zusammenleben erscheint dem gesunden Menschenverstand als gewaltlose Interaktion, die nur durch äußerliche Kräfte gestört werden kann. Ein Blick auf die grundsätzliche Konstitution von Staatlichkeit könnte einen eines Besseren belehren.

Max Weber, jeder revolutionären Ambition unverdächtig, charakterisierte diese folgendermaßen: „Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebiets, (...) das Monopol physischer Gewaltsamkeit für sich (mit

Erfolg) beansprucht. Denn das der Gegenwart spezifische ist, daß man allen anderen Verbänden oder Einzelpersonen das Recht zur physischen Gewaltsamkeit nur so weit zuschreibt, als der Staat sie von ihrer Seite zuläßt: er gilt als alleinige Quelle des ‚Rechts‘ auf Gewaltsamkeit.“ Damit ist klar, daß es in der Gesellschaft nur eine Instanz gibt, die festlegt, was als legale Gewalt gilt und was nicht. Gewaltsamkeit gilt insofern als legal, als die staatliche Ordnung sie toleriert, genehmigt oder vorschreibt. Das staatlich organisierte Töten beim Bundesheer etwa gilt gegebenenfalls als Bürgerpflicht, die einem sogar höchste staatliche Auszeichnungen bescheren kann. Umgekehrt kann schon ein explodierender Feuerwerkskörper als terroristischer Akt gewertet werden. Auch eine Sitzblockade vor einer schwer bewaffneten Polizeieinheit kann demgemäß als illegale Gewaltausübung denunziert werden, die der Auflösung durch massiven Schlagstockeinsatz bedarf – der wiederum legal ist.

Vom Anliegen der Kritik an der derzeitigen Regierung bleibt nur noch das Bekenntnis zur gewaltförmigen Instanz Staat übrig. Dies ist keine Kritik, sondern autoritäre Rebellion, die am Bestehenden so wenig leidet, daß sie nicht einmal wagt, über es hinauszudenken. Die Forderung nach Gewaltlosigkeit auf Demonstrationen müßte allererst dem Gewaltmonopolisten und dessen Repräsentanten gelten, sprich

die Aufforderung an den verlängerten Arm des Rechtsstaates implizieren, sich seiner Waffen und Rüstungen zu entledigen.

Wer sich auf Staatlichkeit beruft, affirmiert damit immer schon die Definition von legaler Gewalt und damit von Gewalt überhaupt. Gewalt ist staatlicher Existenz immer schon vorausgesetzt und eine der Bedingungen ihres Vollzugs. Sie ist nicht der Gegensatz zum Recht, sondern seine unabdingbare Voraussetzung. Die Funktion des Staates und seines Gewaltmonopols ist es nicht, möglichst gutes, herrschaftsfreies Zusammenleben zu organisieren, sondern die Aufrechterhaltung einer gesellschaftlichen Formation zu garantieren.

Das staatsbürgerliche Bewußtsein ist zu keinerlei Aufklärung über seine historischen Wurzeln und Bedingungen fähig. Die Aussage „Menschenrechte können nicht mit Gewalt erkämpft werden“, die auf einem Transparent zu lesen stand, ignoriert das Wesen der Menschenrechte, die mittels Revolutionen erkämpft werden mußten. Angesichts der jüngsten Vergangenheit, in der sich die bürgerliche Öffentlichkeit auf die Fahnen schrieb, im Kosovo mit Waffengewalt die Menschenrechte herbeizubomben, zeigte sich einmal mehr, daß gerade diese grundlegendsten Rechte explizite staatliche Gewaltaktionen legitimieren. Dies ist kein Mißbrauch dieser Rechte, sondern ihre konsequente Anwendung.

*) Alex Gruber und Florian Ruttner studieren Politikwissenschaft in Wien

Von Deutschen für Deutsche

Die Ausstellung über den Nationalsozialismus am Obersalzberg

25. April 1945: Knapp zwei Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands greifen britische Bomberverbände ein Gebiet in Südbayern an. Wenngleich es sich beim Obersalzberg nicht um die berühmte Alpenfestung der Nazis handelte, befand sich in dem beschaulichen Sommerfrischeort nahe Berchtesgaden doch eine der Machtzentralen des „Dritten Reiches“. In unmittelbarer Nähe zu Hitlers „Berghof“ befanden sich neben den Sommerresidenzen Hermann Görings, Martin Bormanns und Alfred Speers, einem Wehrmachtshauptquartier, einem Aktendepot des Außenministeriums, einem Gästehaus für ausländische Staatsgäste und diverser Wirtschaftsgebäude auch ein insgesamt fast drei Kilometer langes, auf zwei Etagen in den Berg gehauenes Bunkersystem, das den prominenten Bewohnern des Geländes jeden nur erdenklichen Komfort bieten sollte.

Die Alliierten hatten kein Interesse, aus dem ehemaligen „Führersperrgebiet“ eine Pilgerstätte für alte und neue Nazis zu machen, und sprengten schließlich im Jahre 1952 mit der Ruine von Hitlers „Berghof“ die letzten Überreste vergangenen Glanzes. Bis zur Rückgabe an die bayrische Staatsregierung im Jahre 1996 diente der Obersalzberg als Ferienort für amerikanische GI's. Unter der Leitung des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, dessen Leiter Horst Möller in

den letzten Monaten zu einem der vehementesten Kritiker der sogenannten „Wehrmachtausstellung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung avancierte, wurde in den vergangenen drei Jahren die angeblich erste „umfassende Dokumentation nationalsozialistischer Herrschaft“¹ in Deutschland erarbeitet. Die „Dokumentation Obersalzberg – Ort und Zeitgeschichte“ ist seit Oktober letzten Jahres für BesucherInnen geöffnet.

Die bereits im Titel der Dokumentation angesprochene Verbindung von Orts- und Zeitgeschichte charakterisiert auch das Ausstellungskonzept. Nun mag es ja Menschen geben, die sich unter anderem für die „Anfänge des Tourismus“, die „Erholung in den Bergen“ und die Dauergäste am „liebgewonnenen Obersalzberg“ (S. 23) interessieren. Aber sind diese regionalgeschichtlichen Aspekte für ein Museum mit dem (zugegebenenmaßen kaum einzulösen-) Anspruch, eine Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus bieten zu wollen, tatsächlich so wichtig, daß diesen rund ein Viertel der gesamten Ausstellungsfläche gewidmet werden mußte?

Der etwas seltsame Beigeschmack dieser Gewichtung wird noch dadurch verstärkt, daß in diesen Regionalteil auch die gesamte Darstellung der Zeit der Weimarer Republik bis zur Machtergreifung Hitlers im Jänner 1933 integriert ist. Dabei werden die BesucherInnen auf einer Schautafel darüber informiert,

warum denn so viele Deutsche eigentlich die NSDAP gewählt hätten: Das „nationale Trauma des verlorenen Krieges“ sei ebenso dafür verantwortlich gewesen wie „die harten Versailler Friedensbedingungen“ oder der „Durchbruch der Moderne in Kultur, Gesellschaft, Technik und Wirtschaft“; ja sogar eine „tiefgreifende Sinn- und Wertekrise“ und „kollektive Zukunftsängste“ (S. 49) werden hier als entscheidende Faktoren bemüht, sodaß beinahe der Eindruck entstehen könnte, die AusstellungsmacherInnen hätten ob eines so komplizierten Bündels verschiedener Motive einfach den Überblick verloren und auf die bloße Erwähnung des deutschen Antisemitismus schlicht vergessen.

Doch die Nichtbeachtung offensichtlicher ideologischer Kontinuitäten zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Ausstellung. Die inhaltliche Beschränkung auf die „Regimephase des Nationalsozialismus“ (S. 19) hat nicht nur zur Folge, daß wesentliche Traditionslinien aus der Vorgeschichte des Dritten Reiches (wie eben der Antisemitismus) nahezu völlig ausgeblendet werden. Auch über die Zeit nach der militärischen Niederlage Deutschlands erfährt mensch so gut wie nichts. Der „unheilvollste Abschnitt (der) deutschen Geschichte“ (S. 9) habe ja nur zwölf Jahre gedauert, wozu also über die Zeit davor oder danach sprechen?

Das nationalsozialistische Regime wird in der Ausstel-

In Südbayern kann man besichtigen, was herauskommt, wenn sich um Deutschland besorgte Historiker mit dem Nationalsozialismus beschäftigen.

VON FLORIAN MARKL*

*) Florian Markl studiert Politikwissenschaft in Wien

lung anhand mehrerer thematischer Schwerpunkte dargestellt, wobei die einzelnen Teile von recht unterschiedlicher Qualität sind. Sehr ausführlich dargestellt werden die „Volksgemeinschaft“ und deren organisatorische Strukturen von der NSDAP über die „Hitler-Jugend“ zum „Reichsarbeitsdienst“. Auch die Darstellung des NS-„Terrorapparates“ kann als durchaus gelungen bezeichnet werden. Positiv hervorzuheben sind hier vor allem die eigens für die Ausstellung hergestellten Organigramme diverser Einrichtungen wie etwa des sogenannten „Reichssicherheitshauptamtes“ (unter dessen Dach im Jahre 1939 die Sicherheitspolizei, die Gestapo, die Kriminalpolizei und der parteiinterne Nachrichtendienst SD zusammengefaßt wurden) oder die Struktur des SS- und Polizeiapparates in den von Deutschland besetzten Gebieten. Die verzweigten Organisationsstrukturen vieler NS-Institutionen sind für Menschen, die sich nicht mehr oder minder hauptberuflich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen müssen, oft nur schwer nachvollziehbar. Dem Münchner Institut für Zeitgeschichte ist es aber gelungen, in recht anschaulichen Grafiken ein wenig Licht in das Dickicht dieser Strukturen zu bringen.

Der Ausstellungsabschnitt über die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen ist äußerst konventionell gestaltet. Obwohl einige wichtige Aspekte der Vernichtungspolitik, wie etwa der Ghettoisierungsprozeß in Polen oder der von Himmlers Stäben in Gang gesetzte Versuch einer rassistischen Neuordnung Europas durch riesige Umsiedlungsprogramme

sogenannter „Volksdeutscher“, kaum erwähnt werden, erhält mensch einen groben Überblick über die verschiedenen Stufen und Etappen der „Endlösung der Judenfrage“. Das Problem der „Dokumentation Obersalzberg“ besteht denn auch weniger darin, daß die Judenverfolgung und -vernichtung nicht dargestellt würden, als vielmehr in dem Umstand, daß dieses Thema lediglich als ein Aspekt des Nazi-Regimes neben vielen anderen interpretiert wird. Der totalitäre musthoretische Backlash der letzten Jahre ist hier deutlich zu erkennen. Während in anderen Dokumentationen (etwa der „Topographie des Terrors“ auf dem Gelände der Hauptquartiere von Gestapo und SS in Berlin) deutlich gemacht wird, daß es sich bei der rassistisch motivierten Vernichtungspolitik um den Kern des nationalsozialistischen Regimes handelt, gewissermaßen um das Wesen des nationalen Aufbruchs der Deutschen in den Jahren nach 1933, prangt am Obersalzberg folgendes Zitat des Historikers Karl Dietrich Bracher: „Extreme politische Konzeptionen, die als ‚Endlösung‘ für alle möglichen Probleme verheißen werden, dienen niemals humanen Zwecken, sondern erniedrigen Menschen zu bloßen Instrumenten eines destruktiven Machtwahns und eines barbarischen Regimes.“ Von einer Hervorhebung des singulären Charakters der „Endlösung der Judenfrage“ kann hier keine Rede sein.

Völlig indiskutabel ist der Ausstellungsabschnitt über den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. So wird behauptet: „Erst der Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 führte Konser-

vative und Sozialisten, Christen, Gewerkschafter und Kommunisten im Widerstand gegen die Diktatur zusammen.“ (S. 285) Was würden sich wohl ehemalige kommunistische WiderstandskämpferInnen denken, wenn heute erklärt wird, sie hätten sich hinter den Attentatsversuch Stauffenbergs und jener Militärs gestellt, die den Krieg und damit die Vernichtung von Millionen Menschen erst ablehnten, als ein deutscher Sieg in weite Ferne gerückt war? Wie würden sie reagieren, wenn man heute in einer „kritischen Würdigung“ deren Widerstand als „Angebot positiver Identifikation mit dem modernen demokratischen Rechtsstaat“ (S. 284) präsentiert – einem demokratischen Rechtsstaat, der sowohl in der Weimarer Republik als auch während der zeitweisen Eindämmung des furor teutonicus in der Nachkriegszeit die Verfolgung und Verurteilung kommunistischer Opposition als eine seiner vornehmsten Aufgaben verstand?

Die Abschnitte über „Hitlers Außenpolitik“ und den Verlauf des Zweiten Weltkrieges nehmen in der „Dokumentation Obersalzberg“ einen so geringen Platz ein, daß sie beinahe zwangsläufig vollkommen unzureichend bleiben mußten. Unter dem Stichwort Außenpolitik wird denn auch der „Anschluß“ Österreichs behandelt, wobei auf den Ausstellungstafeln auf die Anführungszeichen schon einmal vergessen wird. Etliche wichtige Themen werden (so gut wie) gar nicht angesprochen. Über das Zwangsarbeitsprogramm der Nationalsozialisten beispielsweise, von dem im Laufe des Krieges mehr als 9,5 Millionen Menschen betroffen waren, erfahren die BesucherInnen

ebensowenig wie über die Kollaborateure in den von Deutschland eroberten Gebieten. Nicht einmal erwähnt werden die Prozesse nach Kriegsende, in denen zumindest einige von Hitlers willigen Vollstreckern angeklagt und verurteilt wurden. Auch die Wirtschaftspolitik des Regimes ist, abgesehen vom „Reichsarbeitsdienst“, einfach kein Thema.

Die „Dokumentation Obersalzberg“ ist eine Ausstellung von Deutschen für Deutsche. In keinem Punkt wird das deutlicher, als am Ende des Ausstellungsbereiches. Zum Vergleich: In der Dauerausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin finden sich im Epilog zwei Bilder. Das eine zeigt Schülerinnen aus Deutschland und Israel bei der Besichtigung des Vernichtungslagers Auschwitz, auf dem anderen ist ein geschändeter jüdischer Friedhof in Deutschland zu sehen. Am Obersalzberg wird nicht der Opfer, sondern der Täter gedacht: Den Abschluß der Ausstellung bildet eine eigens vom Institut für Zeitgeschichte erstellte Landkarte, auf der die deutschen Soldatenfriedhöfe in Europa eingezeichnet sind. In Lettland beispielsweise befinden sich demnach 433 Kriegsgräber. In den Jahren der deutschen Besatzung wurden allein dort über 70.000 Juden ermordet.

1 So zumindest der Institutsdirektor Möller im Ausstellungskatalog. Möller, Horst/Dahm, Volker/Mehring, Hartmut (Hrsg.): *Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente. Daten zum Dritten Reich*. München 1999, S.12f. Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Band.

Deutscher Arbeitswahn und Antisemitismus

Die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden fand statt unter der Losung „Arbeit macht frei“. Angebracht war diese Inschrift an den Eingangstoren der Konzentrationslager Auschwitz, Dachau, Flossenbürg, Sachsenhausen und Ravensbrück. Daniel Jonah Goldhagen hat in seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ die zentrale Bedeutung der Kategorie „Arbeit“ bei der Vernichtung der Jüdinnen und Juden betont. Die Deutschen waren von einem „ideologischen Drang“ besessen, Jüdinnen und Juden zur Arbeit zu zwingen. Der „Arbeitseinsatz“ zielte dabei auf die Vernichtung der Jüdinnen und Juden, nicht auf die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.

Wie der Alltag der Jüdinnen und Juden aussah, nachdem sie von den Deutschen durch das Lagertor mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“ in die Konzentrationslager getrieben worden waren, schildert ein Überlebender: Die Häftlinge hatten keinerlei sinnvolle Arbeit zu verrichten. Jeder Tag begann mit einem stundenlangen Appell, bei dem viele halb totgeschlagen wurden. „Danach ging es zur ‚Arbeit‘. In unseren Holzschuhen wurden wir mit Stockschlägen in eine Ecke des Feldes gejagt und mussten einmal unsere Mützen, ein andermal unsere Jacken mit Steinen, nassem Sand oder Matsch füllen, mit

beiden Händen festhalten und im Laufschrift unter einem Hagel von Schlägen zur gegenüber liegenden Ecke bringen, und so weiter. Ein Spalier von brüllender SS- und Häftlingsprominenz, bewaffnet mit Stöcken und Peitschen, ließ die Schläge auf uns herunterhageln. Es war die Hölle.“¹

Die Vernichtung der Jüdinnen und Juden war Kriegsziel und wurde gegen jeden ökonomischen Zweck durchgesetzt. Als im Herbst 1942 die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Juden und Jüdinnen aus dem Reichsgebiet in die Konzentrationslager Auschwitz und Majdanek deportiert wurden, waren die kalkulierten Einbußen in der kriegswichtigen Produktion dafür kein Hindernis. Der Arbeitseinsatz war für die jüdischen Häftlinge eine reine Schikane, sollte sie demütigen, quälen und schließlich töten. Arbeits- und Unterbringungsbedingungen waren katastrophal, und die Häftlinge waren den Grausamkeiten des Wachpersonals ausgesetzt. „Auf dem Weg zurück ins Lager zogen die Kommandos eine Menge Leichen auf Schlitten mit sich; die Lebenden wurden an den Armen geführt; überließ man sie dann hinter den Toren sich selbst, so krochen sie auf Händen und Füßen über den vereisten Versammlungsplatz; wenn es ihnen gelang, die Baracken zu erreichen, versuchten sie, sich mit Hilfe der

Wand aufzurichten, aber lange stehen bleiben konnten sie nicht.“²

Die Deutschen vergaben an die Jüdinnen und Juden fast ausschließlich völlig zwecklose Arbeiten. Es gab kaum maschinelle Hilfe; selbst das Werkzeug war oft in schlechtem Zustand, so dass die Arbeitskraft leisten musste, was üblicherweise längst Arbeitsmittel erledigten. Ein Beispiel hierfür ist die Straßenwalze, die zum Beispiel in Dachau zur Planierung des Lagergeländes benutzt wurde. Sie wurde von einem „Gespann“ mehrerer Häftlinge gezogen. Gleiche Walzen wurden später auch in den anderen Lagern benutzt. Dem SS-Wachpersonal kam es darauf an, die jüdischen Häftlinge ununterbrochen arbeiten zu sehen. Wer schlapp machte, wurde mit Schlägen angetrieben. Goldhagen hat darauf hingewiesen, dass die Behandlung der verschiedenen Häftlingsgruppen bei den Arbeitseinsätzen zum Teil sehr unterschiedlich war. Den jüdischen Häftlingen erging es am schlechtesten. „Der ideologische Drang, Juden zur Arbeit zu zwingen, entfiel bei anderen Völkern, selbst bei den Sinti und Roma, die die Deutschen ebenfalls völlig entmenslichten und massenweise vernichteten.“³

Adolf Hitler hat seinen Antisemitismus direkt aus dem Arbeitsbegriff entwickelt. Arbeit von Juden

Das Konzept der „deutschen Arbeit“ war und ist antisemitisch konnotiert. In seiner Abgrenzung von einer vermeintlich „jüdischen Arbeit“ vereint es Produktivitätswahn und Haß auf die Zirkulation.

VON ULRIKE BECKER*

*) Ulrike Becker ist Mitautorin des Buches „Goldhagen und die deutsche Linke“

und Arbeit von Deutschen waren für ihn absolute Gegensätze. Über die „jüdische Arbeit“ erklärte er 1920 in einer Rede in München: „Wir wissen, dass diese Arbeit einst bestand im Ausplündern wandernder Karawanen und dass sie heute besteht im planmäßigen Ausplündern verschuldeter Bauern, Industrieller, Bürger usw. Und dass sich die Form wohl geändert hat, dass aber das Prinzip das gleiche ist. Wir nennen das nicht Arbeit, sondern Raub.“⁴

Die „schaffende Arbeit“ bildete für Hitler dagegen das Bollwerk gegen den „jüdischen Raub“ und „jüdisch-materialistischen Geschäftsgeist“. Diesen Gedanken hielten die Nationalsozialisten für so entscheidend, dass sie ihm ihr zentrales Symbol, das Hakenkreuz, widmeten: „Als Nationalsozialisten sehen wir in unserer Flagge unser Programm. Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird.“⁵

Die Vorstellung dieses Gegensatzes von „raffender jüdischer“ und „schaffender deutscher“ Arbeit war 1933 nicht neu. Sie war längst Bestandteil deutscher Kultur und ist älter als der moderne Antisemitismus. Man kann davon ausgehen, dass sich hinter dem Selbstbild von „schaffender deutscher Arbeit“ und hinter der Parole „Arbeit macht frei“ Spuren verbergen, die auf ein spezifisches, antisemitisches Arbeitsethos in Deutschland hinweisen.

Arbeitsdienst bei Martin Luther

Diese Tradition begann mit Martin Luther, dem deutschen Reformator, der von 1483 bis 1546 lebte. Nach 1530 bestimmte ein starker antisemitischer Hass Luthers Schriften. Gleichzeitig hat Luther das Bild vom ehrlich arbeitenden Deutschen und die Überzeugung, dass Juden keiner produktiven und „ehrlichen Arbeit“ nachgingen, popularisiert. Er erweiterte die antijüdischen Stereotypen zum Bild vom „arbeitsscheuen“, „faulen“ und „ausbeuterischen Juden“. In dieser Zeit war ein Tiefpunkt der jüdischen Geschichte in Deutschland erreicht. Die jüdischen Gemeinden waren zerschlagen, die Familien auseinandergerissen, ihnen blieb nur die ständige Migration von Stadt zu Stadt. Doch Luther schrieb: „Jawohl, sie halten uns Christen in unserem eigenen Land gefangen, sie lassen uns arbeiten in Nasenschweiß, Geld und Gut gewinnen, sitzen sie dieweil hinter dem Ofen, faulenzten, pompen und braten Birnen, fressen, sauffen, leben sanft und wohl von unserm erarbeiteten Gut, haben uns und unsere Güter gefangen durch ihren verfluchten Wucher, spotten dazu und speien uns an, das wir arbeiten und sie faule Juncker lassen sein ... sind also unsere Herren, wir ihre Knechte.“⁶

Nach der Zeichnung dieses verschwörungstheoretischen Bildes, in dem die Christen im Nasenschweiß arbeiten, schlug Luther vor, die Juden zu berauben und zu vertreiben. Doch vorher sollten sie zur „sauren Arbeit“ gezwungen werden. Luther forderte: „Erstlich, daß man ihre Synagoge oder Schule mit Feuer anstecke,

und was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, daß kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich... Zum anderen, daß man auch ihre Häuser desgleichen zerbreche und zerstöre, denn sie treiben eben dasselbe darin, was sie in ihren Schulen treiben. Dafür mag man sie etwa unter ein Dach oder einen Stall tun, wie die Zigeuner... Zum sechsten, daß man ihnen den Wucher verbiete und nehme alle Barschaft und Kleinod an Silber und Gold und lege es beiseite zu verwahren. Das ist die Ursache: alles was sie haben, haben sie uns gestohlen und geraubt durch ihren Wucher... Zum siebten, daß man den jungen, starken Juden und Jüdinnen in die Hand gebe Flegel, Axt, Karst, Spaten, Rocken, Spindel und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiß ihrer Nasen wie Adams Kindern auferlegt ist...“⁷

Luthers Arbeitsverständnis war ein antisemitisches – es war im Gegensatz zu „jüdischem Wucher“ konzipiert, und (arbeitende) Christen und ihre Güter waren durch diesen Wucher „gefangen“. Es hat im Verlauf der Jahrhunderte viele antisemitische Schriften gegeben. Luthers Texte aber hatten eine viel schwerwiegendere und weitreichendere Bedeutung als alle anderen vergleichbaren Äußerungen seinerzeit. Luther war der erste erfolgreiche Reformator und Kirchenbegründer. Seine Lehre wurde in vielen deutschen Fürstentümern zur Staatsreligion und wirkte somit unmittelbar in den politischen Bereich hinein. Durch seine Bibelübersetzung wurde Luther zudem zum Begründer der deutschen Schriftsprache.

1 Joseph Schupack: *Tote Jahre. Eine jüdische Leidensgeschichte*. Tübingen 1984, S. 318. Zitiert nach Goldhagen, 1996, S. 348.

2 Daniel Jonah Goldhagen: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz normale Deutsche und der Holocaust*. Berlin 1996, S. 348. Goldhagen zitiert aus: Edward Gryn und Zofia Murawska: *Majdanek Concentration Camp*, Lublin 1966, S. 34 f.

3 Goldhagen, 1996, S. 370

4 Adolf Hitler: *Rede in München, 13. August 1920*. Zitiert nach Goldhagen, 1996, S. 333.

5 Adolf Hitler, zitiert nach Daniel Jonah Goldhagen, S. 337.

6 Martin Luther: *Von den Juden und ihren Lügen*. Geschrieben 1542-43. In: Luther, Martin, *Ausgewählte Werke. Ergänzungsreihe dritter Band, Schriften wider Juden und Türken*. Herausgegeben von H.H. Borchardt / Georg Merz, zweite, veränderte Auflage Berlin, München, 1936, S. 187.

7 Ebenda, S. 187.

Das von ihm gezeichnete Judenbild wurde das bestimmende für die nächsten Jahrhunderte.

Der Begriff „jüdischer Wucher“ beinhaltet für Luther die Ausbeutung der „ehrlich arbeitenden“ Christen durch die Juden und damit den Gegensatz zwischen „Jude“ und „Arbeit“. Dieses Denkmuster setzte sich in den deutschen Ländern durch. Dabei wurde Wucher im allgemeinen Sinn eines Gewinns aus Verleihgeschäften nicht notwendigerweise als negativ verstanden und war auch nicht verboten. „Juden-Wucher“ dagegen wurde ein klar negativ konnotierter Begriff. Er beinhaltet nicht nur überhöhte Zinsen, sondern implizierte den Ruin von Bürgern und Bauern.

Antisemitischer Protest und Revolte – die Zünfte

Die „ehrbaren“ Bürger des Mittelalters und der Frühen Neuzeit waren in Zünften und Gilden organisiert, die aus christlichen Bruderschaften entstanden waren. Die Zünfte wurden seit dem Mittelalter in den Städten die Hauptträger des Antisemitismus. Juden wurden seit der Formierung der Zünfte aus allen Handwerksberufen ausgeschlossen. Immer wieder, seit dem 13. Jahrhundert bis weit über das Mittelalter hinaus, standen die Zünfte an der Spitze der Vertreibungsfordernungen.

Gleichzeitig vertraten die in den Zünften organisierten Handwerker eine besondere Verherrlichung von „ehrlicher Arbeit“, die immer als gegensätzlich zur „jüdischen Nichtarbeit“ angesehen wurde.

In Worms überfielen 1614 Zunftbürger die Judengasse und vertrieben ihre Bewoh-

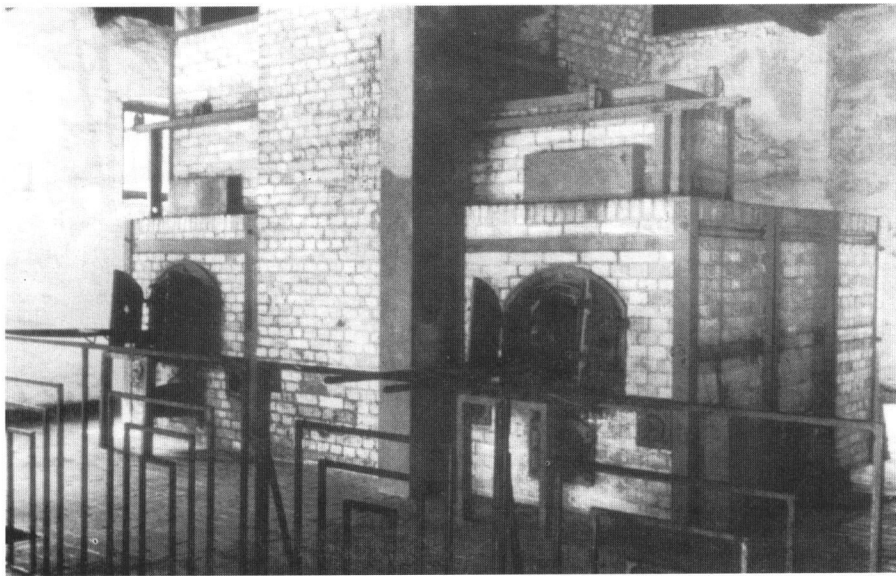


nerInnen aus der Stadt. Zur gleichen Zeit kam es in Frankfurt zu einem Pogrom unter der Führung des Lebkuchen-Bäckers Vinzenz Fettmilch: Zunftangehörige belagerten das Ghetto und plünderten die Häuser. Die Proteste, die sich auch gegen die herrschenden Patrizier richteten, führten zu den schlimmsten antisemitischen Ausschreitungen im Frankfurt der Frühen Neuzeit. Die Stimmung gegen beide Gruppen artikulierte sich in dem Vorwurf der kriminellen Bereicherung auf Kosten „ehrbarer Bürger“. Die Zünfte waren antijüdische Organisationen. Antisemitismus war ihr Programm. Obwohl es vordergründig um einen Protest gegen zu hohe Zinsen, also Wucherzinsen ging, standen von vorneherein die Juden als Angriffspunkt fest, obwohl die obrigkeitliche Reglementierung die Einkünfte der Juden steuerlich rigoros abschöpfte. Mitleid oder gar Solidarität mit den in äußerster Armut lebenden Jüdinnen und Juden stand außerhalb des Denkbaren. Im Fettmilchaufstand übernahmen die Zünfte vorübergehend die Macht in Frankfurt, bis sie vom Kaiser zur Raison gebracht wurden. Ihre Rädels-

führer erhielten die Reichsacht, sie wurden festgenommen und hingerichtet; die Jüdinnen und Juden durften zurückkehren. Schon im 17. Jahrhundert war der Antisemitismus der Zünfte „revolutionär“, der Protest antisemitisch motiviert. Die „ehrliche Arbeit“ revoltierte gegen den „Wucher“.

Als 1810/11 die Allgemeine Gewerbefreiheit in Preußen eingeführt werden sollte, stellten sich die Zünfte gegen diese Reform. Die Stein-Hardenbergschen Reformen sollten Struktur-schwächen im Wirtschaftssystem ausgleichen und damit einen Ausweg aus der „Modernisierungskrise“ bahnen. So sollte Preußen Anschluss an die wirtschaftlich fortgeschritteneren Länder England und Frankreich gewinnen. Zunftmitglieder schrieben zahlreiche Beschwerden gegen die Gewerbefreiheit. Besonders krass fiel die gleichzeitige Feindschaft gegen die gewerbliche Niederlassung von Juden und gegen die Ausbreitung des Hausierhandels auf (der ebenfalls stark als „jüdisch“ identifiziert wurde). Das Emanzipationsedikt für jüdische Bürger wurde gleichzeitig mit den wirtschaftlichen Refor-

Schwere Erdarbeiten (SS-Propagandaalbum). Foto aus: Füllberg-Stolberg, Claus u.a. (Hg.): Frauen in Konzentrationslagern. Bergen-Belsen. Ravensbrück. Edition Temmen. Bremen 1994



Krematorium in Ravensbrück.
Aus: Frauen in Konzentrationslagern

men eingeführt und von den Zunftmitgliedern ebenfalls mit französischem Einfluss in Verbindung gebracht. Eine deutsche Welt schien zusammenzuberechnen. Die protestierenden Handwerker prognostizierten nicht nur „schlechtes Bier“ und „verdorbenes Fleisch“ infolge fehlender Qualifikation. Der „Gewerbefleiß“ sei in Gefahr und das Ende von „Zivilisation“ und „Kultur“ sei nah. Der Terminus „deutsche Qualitätsarbeit“ ist zum Eckpfeiler des Kampfes gegen „undeutsche“ Einflüsse geworden.

Die Nationalisierung der Arbeit

Im 19. Jahrhundert wurde die „deutsche Arbeit“ zum konstituierenden Moment des deutschen Nationalstaatsmythos und zu einem Hauptpfeiler der deutschen Identität. „Es ist die nationale Arbeit, durch welche wir unsere Volkspersönlichkeit behaupten und fortbilden“, schrieb dazu der Publizist Wilhelm Heinrich Riehl in seinem Buch „Die deutsche Arbeit“ 1861 – ein Buch, das ausgesprochen breit rezipiert wurde.⁸

Die Überzeugung, dass sich das Schicksal des deutschen „Volkes“ in der Arbeit entscheide, wurde im 19. Jahrhundert zum nationalen Konsens. Im Gegensatz zu Frankreich definierten die Deutschen das Nationale weniger über politisch-konstitutionelle Institutionen, sondern mehr über den Ausdruck gemeinsamer Lebenserfahrungen, wobei die Arbeitserfahrungen neben dem völkischen Denken zentral waren. Der Unterschied zum Arbeitsverständnis in Frankreich lag außerdem darin, dass in Frankreich die Arbeit in den Dienst der politischen Ideale der Revolution gestellt wurde. Dagegen mussten die Deutschen die Arbeit nicht in den Dienst von irgend etwas stellen. Es verselbständigte sich die Vorstellung von der „Ehre der Arbeit“. Außerdem wurde der Zustand der „Arbeitsfreude“ von den Deutschen als erstrebenswert empfunden.

In den Jahren stockender Wirtschaftsentwicklung zwischen 1874 und 1878 erregte die Verarmung der großstädtischen ArbeiterInnen und ihre zunehmende Entfremdung von Kirche und

Staat Besorgnis. Die „soziale Frage“ wurde zum Thema der Zeit. Die Diskussion darüber war bestimmt durch einen antisemitischen Grundton. Man kämpfte gegen das sogenannte „Manchestertum“, womit zum Beispiel der wirtschaftliche liberale Kurs der Nationalliberalen bezeichnet wurde. Gleichzeitig funktionierte die Formel „Manchestertum“ aber auch als antisemitischer Code, der von den Deutschen der Zeit verstanden wurde als Ausdruck aller abgelehnten und als jüdisch identifizierten Wirtschaftspraktiken. Otto Glagau hatte diesen Begriff popularisiert. Er rief alle arbeitenden Menschen dazu auf, sich „gegen Ausbeutung und Erniedrigung ihrer Arbeitskraft“ und vor allem gegen die Dominanz einer fremden „Rasse“ zu vereinigen. Daraus folgend prägte er die Losung: „die soziale Frage ist die Judenfrage“. Diese Losung wurde bald zum Eckstein des deutschen Antisemitismus.

Gegen das „Manchestertum“ und den „entfesselten Kapitalismus“ wurde wieder die Idee von „deutscher Arbeit“ gesetzt. So tat es zum Beispiel der Hofprediger Adolf Stöcker. Die erklärten Ziele seiner 1878 gegründeten antisemitischen christlich-sozialen Partei waren die „Verringerung der Kluft zwischen arm und reich“ und die „Herbeiführung einer größeren ökonomischen Sicherheit“.⁹ Im Parteiprogramm wurde außerdem eine Börsensteuer gefordert und die Wiedereinführung von Wuchergesetzen. Der wirtschaftlich liberale Kurs wurde für die negativen Seiten des Kapitalismus verantwortlich gemacht und diese wiederum wurden auf „jüdi-

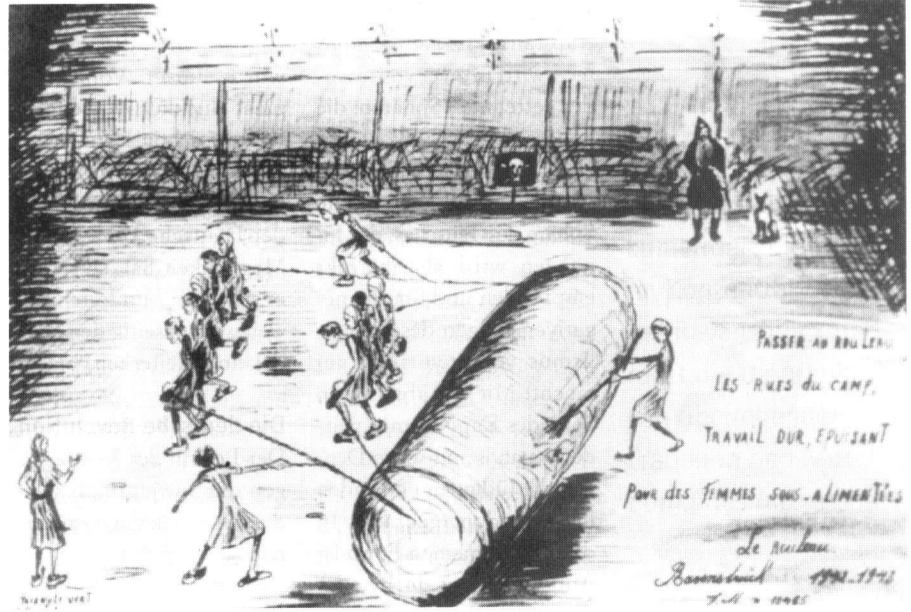
⁸ Wilhelm Heinrich Riehl: *Die deutsche Arbeit*, Stuttgart 1861, S. 57/58.

⁹ Zitiert nach Massing: *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt am Main 1959, S. 26.

sche Geschäftspraktiken“ zurückgeführt.

Stoeckers Partei forderte in ihrem Programm die Deutschen aber auch zu Hochhaltung der „Berufsehre“ auf.¹⁰ Stoecker übte eine große Anziehungskraft auf die Menschen aus und galt eine Zeitlang als populärster Mann Berlins. Deutlich konzentrierte Stoecker allen Hass auf Jüdinnen und Juden. Dagegen setzte er den „christlich-deutschen Arbeitsgeist“ und das „innere Wesen unseres Volkstums“, das unter anderem aus „sittlicher Arbeit“ bestehe. Um die „sozialen Übelstände, die das Judentum mit sich“ bringe, zu heilen, so Stoecker, müsse das „Missverhältnis zwischen jüdischem Vermögen und christlicher Arbeit festgestellt werden“, um dann zu mehr „germanischem Rechts- und Wirtschaftsleben“ zurückkehren zu können.

Stoecker erklärte 1878: „Und hier stellen wir unsere dritte Forderung. Das moderne Judentum muss an der produktiven Arbeit teilnehmen. ... An der Arbeit der Handwerker sind sie fast gar nicht, an der Fabrikation wenig beteiligt. Daraus folgt, dass sie an der Arbeit keine Freude, für die deutsche Arbeitsehre keine Sympathie haben. Die Devise 'billig und schlecht' kommt zum guten Teil auf ihre Rechnung ... Für mich gipfelt die Judenfrage in der Frage, ob die Juden, welche unter uns leben, lernen werden sich an der gesamten deutschen Arbeit, auch an der harten und sauren Arbeit des Handwerks, der Fabrik, des Landbaues zu beteiligen.“ Stoecker droht: Sonst wäre eine „Katastrophe“ unausweichlich. Ähnlich wie Luther fordert Stoecker, Juden an der „sauren Arbeit“ zu betei-



ligen. Wie die Zünfte schimpft er gegen „billige und schlechte jüdische Ware“ (in der der Gegensatz zur „deutschen Qualitätsarbeit“ impliziert ist).

Zehn Jahre später schien der Antisemitismus im öffentlichen Leben Berlins zu dominieren. Eduard Bernstein beschrieb in seiner „Geschichte der Arbeiterbewegung“ die Situation in Berlin 1888 so: „Es war wie eine Sturzwelle jüdenfeindlicher Reaktion. Eine ganze Presse, die ihr Ausdruck gab, schoss ins Leben. Antisemitische Flugblätter gegen alles, was jüdisch oder jüdischer Sympathien verdächtig war, wurde in Massen verbreitet ... Alles natürlich unter der Phrase der Verteidigung des deutschen Idealismus gegen jüdischen Materialismus und des Schutzes der ehrlichen deutschen Arbeit gegen jüdische Ausbeutung.“¹¹

Diese Realität muss Stoecker als Triumph empfunden haben. Aber nicht nur er: Auf dem Höhepunkt seines Triumphes bekam Stoecker Anerkennung von höchster Stelle. Der Kaiser gewährte Stoecker am Vor-

abend seines Geburtstages eine Audienz und zeigte mit dieser anerkennenden Geste, dass er seine Arbeit würdigte. Übereinstimmung mit dem Stoeckerschen Programm, zumindest was den Antisemitismus angeht, konnte sich aber auch unauffälliger äußern, wie zum Beispiel im Parteiprogramm der konservativen Regierungspartei. Dort hieß es: „Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinschädliche Erwerbstätigkeit und gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr.“¹²

Der Begriff „deutsche Arbeit“ war am Ende des 19. Jahrhunderts längst zu einem antisemitischen Code geworden. Er beinhaltete den Gegensatz zu „jüdischer Arbeit“, ohne dass dies ausgesprochen werden musste. Antisemitische Codes wie „deutsch“, „Volk“ und „ehrliehe Arbeit“ prägten die deutsche Kultur. 1933 konnte sich die NSDAP auf diesen Antisemitismus stützen.

Es gehört zu den Charakteristika des modernen

Zeichnung der Straßenwalze von Ravensbrück, Félicie Mertens, 1942. Aus: Frauen in Konzentrationslagern

10 Adolf Stoecker: *Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze. Zweite Auflage*, Berlin 1890, S. 21.

11 Eduard Bernstein: „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.“ Berlin 1907-1910, Bd. II, S. 59.

12 Fritz Specht / Paul Schwaabe (Hg.): *Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und einem Verzeichnisse der gewählten Abgeordneten. Zweite Auflage*, Berlin 1904, S. 333.

Antisemitismus, dass der Kapitalismus wahrgenommen wird in zwei voneinander getrennten Sphären: die Sphäre der Produktion wird als konkret empfunden und häufig verherrlicht, die Sphäre des Tausches, der Finanzen wird als abstrakt empfunden und für alle negativen Folgen des Kapitalismus verantwortlich gemacht. Mit der abstrakten Seite des Kapitalismus werden im antisemitischen Denken die Jüdinnen und Juden in Verbindung gebracht. In dieser allgemeinen Form ist Antisemitismus, mehr oder weniger verbreitet, auch in anderen Ländern zu finden. Trotzdem spielt es eine Rolle, welche Zuschreibungen es genau zu jeder der Sphären gibt. Nicht in allen Ländern, in denen Antisemitismus verbreitet war, wurde die Arbeit so stark mit der eigenen nationalen Identität verknüpft.

Für „Deutschlands ersten Arbeiter“, wie man Hitler gerne nannte, war das Verhältnis zur Arbeit zentral. In seiner grundlegenden Rede über den Antisemitismus mit dem Titel „Warum sind wir Antisemiten“ denunzierte er – auf deutsche Art – im vollbesetzten Hofbräuhaus 1920 die „jüdische Arbeit“: sie sei der Wunsch nach dem Leben im Paradies. Juden sähen Arbeit nur als Strafe an. Hitler kommentierte: „Hier trennt uns schon eine ganze Welt; denn wir können Arbeit nicht als Strafe auffassen. ... Ich muß gestehen: Ich könnte nicht ohne Arbeit sein, und Hunderttausende und Millionen würden vielleicht 3, 5 Tage, 10 Tage aushalten, könnten aber nicht 90 oder 100 Tage leben ohne Tätigkeit. Wenn es wirklich dieses Pa-

radies gäbe, dieses sogenannte Schlaraffenland, es würde unser Volk darin nicht glücklich werden. (Rufe: Sehr richtig!) Wir suchen unbedingt eine Möglichkeit zur Betätigung und wenn der Deutsche keine andere Möglichkeit hat, so schlägt er sich zum Mindesten zeitweilig gegenseitig den Schädel ein. (Heiterkeit)“¹³

Die deutsche Revolution

Der Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion schuf die Voraussetzungen zur Erreichung der deutschen Utopie, der „judenfreien“ Welt. Ein Schritt dahin war die Errichtung des Lagersystems. Im nationalsozialistischen Lager sollte jeder die Form von Arbeit leisten, die ihm „seinem Wesen nach“ zustehe. Dafür steht die Parole „Arbeit macht frei“. Den Jüdinnen und Juden stand keine Arbeit zu. Sie, die in der Vorstellung der Deutschen nie gearbeitet hatten, sollten zu harter, körperlicher, erniedrigender Arbeit gezwungen werden und ihre „Arbeitskraft“ bis zu ihrem Tode zwecklos ver-ausgaben.

Dieses Arbeitsverständnis hat sich aus der langen Geschichte der antisemitischen deutschen Tradition entwickelt. Doch das Arbeitsverständnis entwickelt sich nicht nur aus Ideen und Vorstellungen. Eine entscheidende Rolle für die Herausbildung von identitätsstiftenden Vorstellungen, wie der von „deutscher Arbeit“, bildet die konkrete Praxis – hier diejenige des Arbeitsprozesses. Wichtige Erkenntnisse hat hier der amerikanische Soziologe Richard Biernacki geliefert. In einer vergleichenden Studie hat er die nationalen Un-

terschiede bei der Entwicklung der Produktion in Fabriken in Deutschland und England und die damit zusammenhängenden Konzepte von Arbeit untersucht.¹⁴ In Großbritannien und Deutschland hatten sich im 19. Jahrhundert zwei völlig unterschiedliche Konzepte von Arbeit entwickelt. Im Mittelpunkt des Produktionsprozesses stand in Großbritannien das Produkt – in Deutschland die Arbeitskraft. Die britischen Unternehmer orientierten sich außerdem stärker am Markt als die Deutschen – sie ließen ihre ArbeiterInnen z.B. Bußgelder zahlen, wenn sich deren Produkte am Markt als nicht verkaufsfähig erwiesen. Es war dagegen unwichtig, wie ein Produkt produziert wurde – der konkrete Arbeitsprozess war eher in Deutschland wichtig. Hier gab es AufseherInnen, die die Arbeitskraft überwachten und zum Beispiel das „Aus-dem-Fenster-Gucken“ bestraften. Britische ArbeiterInnen konnten sich Vertretungen selbst organisieren, ihr Lohn war viel stärker vom Verkauf auf dem Markt abhängig als in Deutschland. Sie definierten sich zum Teil selbst als „SubunternehmerInnen“ (ihre deutschen KollegInnen fühlten sich bekanntermaßen wie „Rädchen im Getriebe“). Diese Selbstdefinitionen, die auf Erfahrungen der konkreten Praxis in der Produktion beruhten, können zur Erklärung beitragen, warum die Ablehnung der Distributionssphäre in Deutschland so viel stärker ausgeprägt war als in Großbritannien. Doch das muß in weiteren Arbeiten erst noch genauer untersucht werden.

13 Hitler, zit. n. Phelps, a.a.O., S. 404.

14 Richard Biernacki: *The Fabrication of Labor. Germany and Britain, 1640-1914*. Berkeley and Los Angeles, London 1995.

Wege nach Ravensbrück

1947 gründeten österreichische Überlebende des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück eine Lagergemeinschaft, um einander zu helfen und sich wieder Lebensmut zu geben, aber auch um über die Verbrechen und Schrecken des Nationalsozialismus, die sie am eigenen Leib erlebt hatten, zu berichten. Für die Zeit von Mai 1939 bis April 1945 stand der Name Ravensbrück für die „Hölle der Frauen“ im nationalsozialistischen Deutschland, denn Ravensbrück war das erste und einzige für Frauen bestimmte Konzentrationslager, das sich jedoch in nichts von anderen Konzentrationslagern unterschied. Insgesamt 132.000 Frauen aus über 40 Nationen wurden hier aufgrund ihrer Religion, ihrer politischen Meinung, ihrer Herkunft oder ihrer Lebensweise inhaftiert, gequält, gefoltert und zu Zehntausenden ermordet.

Vor etwa vier Jahren bemühten sich die Frauen der Lagergemeinschaft mit Erfolg, junge Frauen für ihre Tätigkeiten und Anliegen zu interessieren, um in einer zunehmend nach rechts gehenden und die Vergangenheit immer mehr vergessenden Gesellschaft „Erinnern“ für ihre Lebensgeschichten und Erfahrungen zu haben.

Diese generationenübergreifende neue Gemeinschaft entwickelte drei große Projekte. Das „Lebensgeschichten-Projekt“ sammelte in ausführlichen Interviews mit fast allen heute noch lebenden österreichischen „Ravens-

brückerinnen“ deren Lebens- und Überlebensgeschichten und wird im Jahr 2000 ein Buch mit den Forschungsergebnissen veröffentlichen. Das „Video-Projekt“ zeichnete diese Interviews auf und will damit ein digitales Videoarchiv anlegen. Wir vom „Ausstellungs-Projekt“ schließlich haben am 10. November 1999 in Wien die Ausstellung „Wege nach Ravensbrück“ eröffnet.

Fast zwei Jahre hatten wir bis dahin an dieser Ausstellung gearbeitet, und der Arbeitsprozess war durchaus von Schwierigkeiten geprägt. Zum einen war es nicht selbstverständlich, für ein solches Projekt Finanzierungen zu erhalten, zum anderen hatten wir nur unsere private Infrastruktur, also kein Büro und keine Arbeitsplätze. Wir haben Konzepte und Pläne in teils mühsamer, teils spannender Gruppenarbeit erstellt, wenn auch eingebunden in Diskussionen mit den anderen Projekten und den „Ravensbrückerinnen“. Die Aufbereitung von historischem Material für eine Ausstellung bringt ganz andere Anforderungen mit sich, als wir es vom üblichen universitären wissenschaftlichen Arbeiten gewohnt waren. Darüberhinaus sind wir einer kritischen feministischen Auffassung von Wissenschaft im allgemeinen und historischer Wissenschaft im speziellen verpflichtet, mußten also Orientierungs- und Ausgangspunkte suchen, die außerhalb des wissenschaftlichen Mainstreams liegen und von denen es nur wenige gibt.

Die Grundlage unserer Forschung zur Ausstellung bildeten die Lebensgeschichten von Frauen, die uns und unseren Kolleginnen zwar meist bereitwillig, aber auch meist unter den Qualen der Erinnerung an das Konzentrationslager und an den Verlust von FreundInnen und Familienmitgliedern erzählt wurden. Einerseits der respektvolle Umgang mit diesen Aufzeichnungen, der für uns selbstverständlich war, und andererseits die Verknappungen und Verkürzungen, die für die Gestaltung einer Ausstellungstafel notwendig waren, stellten uns immer wieder vor schwierige Entscheidungen. Die Frauen sollten nicht nur die Greuel der nationalsozialistischen Konzentrationslager bezeugen, also zu „Zeitzeuginnen“ gemacht werden. Ihre Geschichten sollten keine „Transportmittel“ für ein „allgemeines“ historisches Wissen sein oder von ausgefeilten methodischen Instrumentarien „interpretiert“ werden. Die Frauen sollten mit ihrem gesamten Leben, das durch das KZ einen drastischen Riß erfuhr, im Mittelpunkt stehen. Wir erarbeiteten eine Grundstruktur, die die selbsterzählte Lebensgeschichte der jeweiligen Frau ins Zentrum rückt. Dokumente und erklärende Informationstexte sollen den Bezug zum sozialen und politischen Umfeld herstellen. Die bürokratisch-entmenslichende Sprache der Dokumente wird dabei den persönlichen Erzählungen der Opfer dieser Stigmatisierungen gegenübergestellt.

Eine Ausstellung dokumentiert die Leiden im Konzentrationslager Ravensbrück und rückt die Biographien von überlebenden Frauen in den Mittelpunkt des Interesses.

VON DER PROJEKTGRUPPE
„WEGE NACH
RAVENSBRÜCK“*

*) Die Projektgruppe besteht aus den Historikerinnen, Politikwissenschaftlerinnen und Ethnologinnen Katrin Auer, Daniela Gahleitner, Sylvia Köchl, Corinna Oesch, Christa Putz und Michaela Schaufrecker.



Arbeitseinsatz in einer Schneiderei (SS-Propagandaalbum).
Aus: Frauen in Konzentrationslagern.

Ein weiteres zentrales Strukturelement war die Entscheidung, Frauen aus verschiedensten Opfergruppen in gleichem Umfang zu zeigen, das hieß vor allem, keinen Schwerpunkt auf politisch Verfolgte zu legen. Das hat in Österreich ja gerade im offiziellen Gedenken Tradition, das von männlichen und patriotisch-widerständischen Sichtweisen geprägt ist und wo ehemalige WiderstandskämpferInnen für (partei-)politische Legitimationen mißbraucht werden. Angehörige anderer Opfergruppen mußten und müssen gleichzeitig um ihre Anerkennung kämpfen. Die Opferverbände und Lagergemeinschaften werden von ehemals politisch Verfolgten dominiert, die wiederum Opfer ausschließen, die „nicht für Österreich gekämpft haben“ oder „keinen Widerstand geleistet haben“. Trotz unserer engen Verbundenheit mit der Lagergemeinschaft Ravensbrück, die hier nur bedingt eine Ausnahme ist, entschieden wir uns klar gegen diese Exklusivitäten.

Die nächste strukturelle Entscheidung betraf die Zeitspannen. Auf den einzelnen Tafeln sollten die Lebensgeschichten der Frauen bis zur

Verhaftung sowie nach der Befreiung bis heute dargestellt werden, und zwar begleitet von Texten und Dokumenten, die die Verfolgungssituation jener Gruppe von Menschen allgemein beleuchten, zu der sich die jeweilige Frau entweder selbst zugehörig fühlte oder zu der sie von den NationalsozialistInnen gerechnet wurde. Das Konzentrationslager ist für die Frauen eigentlich nur zu einer zufälligen Gemeinsamkeit geworden. Ihre Leben verliefen zuvor in unterschiedlichsten Bahnen, berührten sich in der „Hölle der Frauen“ und trennten sich wieder. Formal erschien es uns grundsätzlich unmöglich, das, was die Frauen im KZ erlebt haben, auf die selbe Weise nachzuerzählen und aufzubereiten wie die Lebensabschnitte davor und danach. Keine noch so bemühte Nacherzählung hätte an die Tiefe, Komplexität und Unmittelbarkeit ihrer Schilderungen herangereicht. Wir haben mit den Kolleginnen vom Video-Projekt deshalb einen Film aus den Interviews zusammengestellt, in dem die Frauen selbst von ihrer KZ-Haft erzählen. Diese formale Trennung und die Verschiedenheit der medialen

Aufbereitung der Lebensabschnitte markiert auch deutlich den Bruch, den die Lebensgeschichten durch das KZ erfuhren.

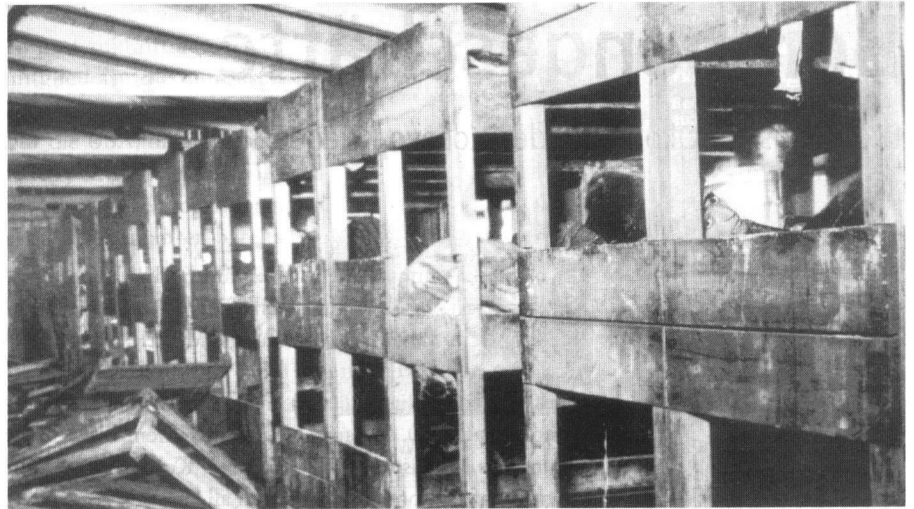
Durch den Film und auch durch die Hörstationen, die an den Tafeln angebracht sind und es ermöglichen, den Frauen in ihren unterschiedlichen Erzählweisen zuzuhören, wird den BesucherInnen ein direkter erfahrbarer Zugang geboten, der durchaus eine Distanziertheit zum Vergangenen erschweren soll. Die Frauen zu sehen, wenn sie erzählen, läßt die Qual errahnen, die das Erzählen über das KZ und damit das Erinnern daran für die Frauen bis heute bedeutet. Auch die ausführliche Beschäftigung mit der Zeit nach der Befreiung verhindert eine Historisierung, denn es ist nicht nur der persönlich erlittene Terror, der es den überlebenden Frauen unmöglich machte, ein „normales“ Leben zu führen. Die meisten von ihnen waren mit ihren quälenden Erinnerungen lange Zeit alleingelassen worden, verschwanden im Mythos vom „ersten Opfer Österreich“, gingen im gnadenlosen Vorwärtsschreiten des Wiederaufbaus unter oder fanden in der Zweiten Republik kontinuierliche Diskriminierungen vor, die sie verstummen ließen.

Auch der männliche Mainstream in der zeitgeschichtlichen Wissenschaft und Forschung ließ die Geschichte österreichischer Frauen im KZ Ravensbrück nahezu verschwinden. Zur üblichen Vergeßlichkeit des kollektiven österreichischen Gedächtnisses in bezug auf den Nationalsozialismus kommt die besondere Vergeßlichkeit und Ignoranz gegenüber Frauen hinzu. Mit der bewußten Fo-

kussierung auf die Lebensgeschichten von Frauen wollen wir der Ausklammerung sexistischer Formen nationalsozialistischer Gewaltpraxis und ihrer Folgen entgegenwirken.

Die Ausstellung präsentiert insgesamt neun Biografien: Eva Gutfreund, eine als Jüdin kategorisierte Wienerin, die Sintezza Rosa Winter, die Kärntner Slowenin Anna Olip-Jug, Christine Berger-Wagner, die im Leobener Widerstand tätig war, die Zeugin Jehovas Katharina Thaller, die burgenländische Romni Gisela Samer, Hermine Nierlich-Jursa, die im kommunistischen Widerstand in Wien aktiv war und Aloisia Hofinger, die eine Liebesbeziehung zu einem polnischen Zwangsarbeiter hatte. Die Lebensgeschichte der Leopoldine B., der kein aktuelles Interview zugrundeliegt, haben wir aus folgenden Gründen in die Ausstellung aufgenommen: Sie steht einerseits für die vielen Frauen, für deren Verschleppung ins KZ die Beweise von den NationalsozialistInnen vernichtet wurden. Sie selbst kann und konnte kein Zeugnis ablegen: Sie starb 1967 und wurde bis dahin nie zu ihren Verfolgungserfahrungen befragt. Dieses Schweigen rührt jedoch - und das war der zweite Grund, ihre Geschichte aufzunehmen - von der ihr eigenen Verfolgungsgeschichte her. Leopoldine B. wurde wegen ihrer sexuellen Beziehungen zu anderen Frauen 1940 verurteilt, ein Tatbestand, der bis zu ihrem Tod strafbar blieb.

Durch die Orientierung an den Lebensgeschichten überlebender Frauen stellte sich uns immer wieder das Problem, die Lebensgeschichten ermordeter Frauen dadurch auszuklammern. Wir diskutierten und verwarfen mehre-



re Ansätze, die den Ermordeten eine symbolische Präsenz gesichert hätten. Dennoch blieb das Unbehagen, einer Auseinandersetzung mit den Ermordeten aus dem Weg zu gehen, sollte es bei der Feststellung bleiben, daß sie einfach keinen Platz in der Struktur unserer Ausstellung hätten. Tatsächlich sind viele überlebende Frauen ihrer Ermordung nur knapp entgangen, und ihre ermordeten Freundinnen, Kameradinnen und unzählige Unbekannte bilden einen integralen Bestandteil in ihren Erinnerungen. Wir gestalteten schließlich drei Tafeln. Die Erzählungen von Christine Berger-Wagner über die ermordete Freundin, die sie auf dem Transport von Ravensbrück in ein Nebenlager kennenlernte, wurden zum Ausgangspunkt für eine Tafel über Anna Gadol-Peczenik, die 1945 im KZ Buchenwald erschossen wurde. Über die in Ravensbrück durch eine Giftspritze ermordete Anna Lasser berichten deren Töchter, die seit Jahren nach Hinweisen über die letzten Jahre ihrer Mutter suchen. Die Leere, die die vielen Ermordeten hinterlassen haben, wird durch eine dritte Tafel ange deutet, die keine biografischen

Hinweise enthält, die aber durch ein Gedicht, das die später ermordete Käthe Leichter im KZ Ravensbrück schrieb, die verlorenen Hoffnungen vieler auf die baldige Befreiung ausdrückt.

Die Ausstellung „Wege nach Ravensbrück“ wurde vom 11. bis 23. November 1999 in Wien gezeigt und wird heuer durch Österreich wandern (siehe nebenstehende Hinweise). Die Reaktionen waren bisher durchwegs positiv und ermutigend, obwohl die Frage, welchen Platz Arbeiten wie die unsere in einer zunehmend nach rechts gehenden Gesellschaft noch haben werden, immer drängen der im Raum steht. An dieser Stelle wollen wir noch einmal den Frauen danken, die uns ihre Lebensgeschichten, Erinnerung und viele persönliche Dokumente zur Verfügung gestellt haben. Ohne ihre Einwilligung zur Veröffentlichung, ihr Engagement bei der Recherche, ihre Diskussionsbereitschaft und Umsicht beim Korrigieren gäbe es unsere Ausstellung nicht. Für viele von ihnen war es ein Akt des Muts, an die Öffentlichkeit zu treten. Wir hoffen, daß „Wege nach Ravensbrück“ ihre eindrucksvollen Lebensgeschichten würdigen kann.

„Wege nach Ravensbrück“ Termine der Wanderausstellung:

- 2000
27. März – 13. April
Linz (Altes Rathaus)
- 20. Mai – 10. Juni
Innsbruck (Uni Innsbruck)
- 9. – 31. Juli
Wien (Rathaus)
- September
Oberwart (Offenes Haus)
- Oktober
Graz (Uni Graz)
- Oktober/November
Salzburg
- 9. Nov. – 3. Dez.
St. Pölten (Institut
für die Geschichte
der Juden in Österreich)

2001
Steyr
(Museum Industrielle
Arbeitswelt)
Hohenems
(Jüdisches Museum)

Kontaktmöglichkeit

e-mail: ravensbrueck@gmx.at
Internet ab Anfang März:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9206427/ravensbrueck>

Bombengeschäfte

Die politische Ökonomie des Kosovo-Krieges

Ein Buch von
Winfried Wolf

GELESEN VON
MANFRED GMEINER

Winfried Wolf analysiert die Ursachen des Golfkrieges vor dem Hintergrund des militärisch-industriellen Komplexes. Er bietet damit ein weiteres Erklärungsmodell neben den bisher in **Context XXI** veröffentlichten Analyseversuchen.

Das Erklärungsmodell Winfried Wolfs sucht die Gründe für den Kosovokrieg in den Eigenheiten des militärisch-industriellen Komplexes (MIK). Voraussetzung des MIK ist die privatwirtschaftlich organisierte Rüstungsproduktion, die im Kapitalismus entstanden ist. Der Begriff des MIK entstand nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem das Zusammenwirken von politischen und wirtschaftlichen Interessen und Entscheidungen seinen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Der Begriff spricht eine dreifache, sich wechselseitig bedingende Verbindung an. Erstens jene zwischen militärischer und industrieller Produktion. Zweitens die enge personelle und strukturelle Verbindung zwischen

Militär und Industrie. Drittens die Verbindung der Rüstungsindustrie mit der Politik. Um diese Zusammenhänge zu belegen, analysiert Wolf in seinem Buch nicht nur den Kosovokrieg, sondern alle großen Kriege seit den beiden Weltkriegen.

Während Hannes Hofbauer die Kriegsursachen in geopolitischen Interessen an und in Jugoslawien sucht (vgl. **Context XXI**, Nr. 3/99) und Uli Krug im Kosovokrieg ein absurdes Verhalten eines in die Krise geratenen Kapitalismus sieht (vgl. **Context XXI**, Nr. 4-5/99), nimmt Wolf eine Zwischenposition ein. Er sieht die Gründe für den Kosovokrieg in den kriegsfördernden Strukturen des militärisch-industriellen Komplexes und damit außerhalb Jugoslawiens. Die einzelnen Akteure handeln aber keineswegs absurd, sondern sehr zielgerichtet. Auch ist der Kriegsschauplatz Jugoslawien nicht rein zufällig. Für die politischen Interessen, die zum Krieg führten, ist es nicht gleichgültig, wo der Krieg stattfindet. Für das europäische Interesse, eine gemeinsame Militärmacht mit Interventionsbefähigung zu entwickeln und die nötige Akzeptanz bei der Bevölkerung dafür zu schaffen, war ein europäischer Kriegsschauplatz sicher notwendig. Nur so konnte der Weg für spätere „humanitäre“ Kriege in aller Welt frei gemacht werden.

In Europa dominieren

die politischen Interessen. Hervorzuheben ist hierbei das Interesse Deutschlands, nach der Wiedervereinigung von einer wirtschaftlichen Großmacht auch wieder zu einer militärischen zu werden. Wolf weist vor allem auf die Rolle Deutschlands bei der planmäßigen Zerstückelung Jugoslawiens nach dem Tod Titos hin, die viel zur Schürung von bereits vorhandenen Konflikten in Jugoslawien beigetragen hat und sich deutlich parallelisieren läßt mit der Aufwertung der Bundeswehr zu einem „normalen“ Militär. Leider wird in diesem Zusammenhang, wie häufig in deutschen Publikationen, die Rolle der österreichischen Kriegstreiber, die teilweise den Deutschen noch zuvor kamen, zuwenig beachtet.

Die europäische Union wurde teilweise durch die deutsche Politik in den Konflikt hineingezogen. Die Kriegsbegeisterung war keineswegs bei allen Staaten der Union von Anfang an vorhanden. Dennoch hat die EU letztlich in zweifacher Hinsicht profitiert. Erstens sind während des Balkankrieges die größten Fortschritte bei der Bildung der WEU als eigenständiger europäischer Arm der Nato erzielt worden. Andererseits hat der Krieg zwar zu einer deutlichen Schwächung des Euro in Bezug auf den Dollar geführt, doch führte genau diese Schwächung dazu, daß die schmerzhaften Auswirkungen des Euro auf die Mehrzahl der EU-Ökonomien hinausgezögert wurden. Die Schwächung des Euro stellte für die schwächeren Euro-Länder, die sich einem wachsenden Konkurrenzdruck vor allem

„Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo mit militärischen Mitteln durchzusetzen“, sagt Schröder auch noch. Soviel Intelligenz muß er eigentlich besitzen, daß er merkt, was er da redet. Wir werden die Hexe nicht verbrennen, aber wir sind aufgerufen, sie zur Läuterung ihrer unsterblichen Seele dem Feuer zu übergeben. - Alles schon mal dagewesen.

Ein Flugblatt listet für die Jahre 1989 bis 1998 - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - in Deutschland 149 Nazi-Morde an Ausländern, Obdachlosen, Behinderten und „Linken“ auf. Die demgegenüber vielfache Zahl ernsthafter Verletzungen und Sachschäden ist dabei nicht berücksichtigt. Sollte die NATO nicht schon mal ihre Raketen vorbereiten, um die Menschenrechte in Deutschland durchzusetzen?

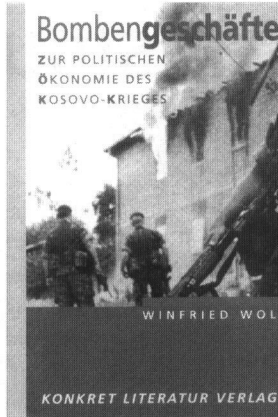
seitens der deutschen Industrie ausgesetzt sehen, eine Atempause dar. Ihr eingegrenzter Spielraum für Exporte in die Euro-Zone wurde durch die verbesserten Exportchancen außerhalb des Euro-Raumes mehr als ausgeglichen.

Interessant ist auch Wolfs Betrachtung der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Rüstungsproduktion. Die Gründung der EADC (European Aerospace and Defence Company) als Herausforderung der Amerikanischen Rüstungsproduktion war bereits in greifbarer Nähe. Führend wären in diesem Zusammenschluß die Dasa und mit ihr deren Mutter Daimler-Chrysler sowie die Deutsche Bank gewesen. Allerdings führte diese Aussicht in den anderen europäischen Ländern zu einer nationalen Konsolidierung der Rüstungsindustrie. Nationale Fusionen haben ein ganz anderes Kräfteverhältnis entstehen lassen. Das wiederum machte für die deutsche Dasa transatlantische Bündnisse attraktiv, wie sie seitens der USA angeboten wurden. Gewinner dieser Entwicklung sind die USA. Sie haben einerseits einen europäischen Konkurrenten verhindert und andererseits einem drohenden Entwicklungsstillstand durch Monopolisierung innerhalb der amerikanischen Rüstungsindustrie entgegengewirkt.

Hauptgewinner auf dem Gebiet der Militärökonomie sind also die USA. Die Rüstungsindustrie, die jeden Krieg als Showroom für neue Waffen nützt, erwartet Gewinne durch eine Erhöhung der staatlichen Militärbudgets, aber auch durch vermehrte Aufträge

vor allem auch aus den neuen und zukünftigen Nato-Mitgliedern, die nun rasch auf US-Standard umstellen. Für die USA, die in diesem Krieg politisch vor allem ihre Rolle als Weltpolizist ausgebaut haben, ihren bereits beim Dayton-Abkommen angemeldeten Führungsanspruch auch in Europa gestärkt und sich auch offiziell endgültig von den Fesseln der UNO befreit haben, trifft am ehesten zu, daß der Austragungsort des Krieges gleichgültig ist. Aber auch die USA konnten mit einem Krieg in Europa politische Ziele verbinden. Der Balkankrieg schadet ökonomisch dem NAFTA-Konkurrenten EU. Hohe Kosten kommen auf die EU durch Wiederaufbau und militärische Präsenz in den Kriegsregionen, deren Konflikte durch den Krieg ja nicht beseitigt, sondern verstärkt wurden, zu. Außerdem ist eine Umlenkung von zivilen zu militärischen Ausgaben in den eine Natomitgliedschaft anstrebenden Oststaaten zu erwarten. Diese schadet der EU, deren Stärke viel mehr in zivilen Industriezweigen liegt. Ein Erfolg der USA liegt auch darin, den Führungsanspruch des neu geschaffenen Euro gegenüber dem Dollar am Finanzmarkt gestoppt zu haben. Inzwischen gibt es sogar Stimmen, die einen Sieg des Dollar durch Vernichtung des Euro für möglich halten.

Wolf zeigt in seiner Analyse die verschiedensten Kriegsgewinnler auf und stellt klar, wer die Verlierer jeden Krieges sind. Hohe Rüstungsausgaben bedeuten letzten Endes immer einen Abzug vom gesellschaftlichen Reichtum.



Winfried Wolf
Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges
Konkret Literaturverlag, Hamburg 1999, 208 Seiten, 183,- ÖS



Die Rahmen-Zitate sind folgendem Buch entnommen:
Dietrich Kittner: Aus meinem Kriegstagebuch. Beobachtungen zum Balkankrieg
Neue Impulse Verlag, 127 Seiten, ÖS 112,-

Und dann läßt der deutsche Kanzler die Katze aus dem Sack. Vor hundert Bundeswehrsoldaten festredet er: „Sie tun es nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Menschen hier. Sie nehmen damit uns in Deutschland die Notwendigkeit ab, die Menschen bei uns zu beherbergen.“

Der amerikanische Honeywell-Konzern hat 15 000 Dollar an das Amerikanische Flüchtlingskomitee überwiesen und zugleich auch seine Beschäftigten im Deutschen DASA-Werk aufgefordert, mit Spenden „das Leid der Kosovo-Flüchtlinge lindern zu helfen“. Auf jeden von den Kollegen gespendeten Dollar, verspricht die Geschäftsleitung noch einen Dollar aufzusatteln. Allerdings nur bis zu einer Gesamtspendenhöhe von 25 000 Dollar. So dicke hat es die Firma offenbar nun auch wieder nicht. Der Milliardenkonzern Honeywell produziert die Cluster-Bomben der NATO, die im Kosovo zum Einsatz kamen.

Antimilitarismus in der Türkei

Der türkische Staat führt seit 15 Jahren Krieg. Die Friedensarbeit gestaltet sich dementsprechend schwierig.

VON JÖRG ROHWEDDER*

Zwei Ereignisse haben die Türkei in diesem Jahr nachhaltig erschüttert: die Entführung und Verhaftung von Abdullah Öcalan und das Erdbeben von Işmit. Der Prozeß gegen Öcalan und seine vorherzusehende Verurteilung zum Tode konnte zwei Dinge in der europäischen Öffentlichkeit deutlich werden lassen. Es wurde abermals klar, mit welcher nationalistisch-chauvinistischen Macht die türkische Regierung und die Medien im Konflikt um Kurdistan agieren. Der „Satan sei hinter Gittern“ titelte die „Sabah“, eine der größten türkischen Zeitungen, am 17. Februar vergangenen Jahres, und die türkische Regierung vermeldete ihren größten Erfolg in der Terrorismusbekämpfung. Der nachfolgende Gerichtsprözeß ließ erkennen, daß das „Problem“ rasch erledigt werden sollte. Deutlich wurde auch, daß es einen Weg für eine politische, friedliche Lösung geben kann. Abdullah Öcalan und mit ihm die PKK ist in die Offensive gegangen. Mit der Entschuldigung bei den Angehörigen der getöteten Soldaten und mit dem zum 1. September 1999 angekündigten Waffenstillstand hat die PKK das Tor zu einer friedlichen Lösung weit geöffnet. Es gab erste Anzeichen, daß sich der türkische Staat langsam auf eine Verhandlung über eine Lösung zubewegt. Allerdings ist der Fortgang der Dinge noch unentschieden und es liegt unter anderem an den westeuropäischen Re-

gierungen, entsprechenden Einfluß auszuüben. Das fordert die Solidaritätsgruppen auf, ihrerseits Druck auf die jeweiligen Regierungen in ihren Ländern zu entfalten.

Wie auch immer der Prozeß hin zu einer politischen Lösung auf Regierungsebene aussehen sollte, es ist bereits zu diesem Zeitpunkt geboten, an der Basis und in den türkischen und kurdischen progressiven Organisationen für eine Verständigung auf gemeinsame Ziele und Arbeitsweisen im Sinne einer demokratischen Zivilgesellschaft hin zu arbeiten. Noch immer wird die Frage, ob erst die „kurdische Frage“ gelöst werden muß, bevor es zu einer „Demokratisierung“ der Türkei kommen kann oder umgekehrt, polarisierend für die eine oder die andere Variante beantwortet. Die Antwort liegt nicht in der einen oder anderen Möglichkeit, sondern vielmehr in einem gleichzeitigen Prozeß, der als erstes diese Polarisierung innerhalb der kurdischen und türkischen Linken überwinden muß.

Das Erdbeben von Işmit zeigte für die türkische Gesellschaft auf, wie unfähig der türkische Staat ist, angemessen auf die Naturkatastrophe und ihre Folgen zu reagieren. Alle, auch die staatstragenden Medien, prangerten diese Unfähigkeit an. In dieser Situation waren es progressiv-linke Gruppen, die in der Kleinstadt Degirmentepe die Rettungs- und Hilfsarbeiten in die Hand genommen haben, und die

diese Arbeit basisdemokratisch organisierten. Daß sich Menschen ohne den Staat und auch nicht als Partei, sondern als basisdemokratische, politische Bewegung mit einem konkreten Ziel organisieren, ist eine relativ neue Entwicklung seit dem Militärputsch von 1980. Nur wenigen Gruppen ist es bisher gelungen, über mehrere Jahre hinweg an der Verwirklichung ihrer Ziele zu arbeiten. In mehreren europäischen Staaten haben die Aktionen gegen den geplanten Goldbergbau in Bergama und das auf einer Erdbebenspalte geplante AKW in Akuyu eine begrenzte Öffentlichkeit erlangt. Die Frauenbewegung, bisher ein Anhang an traditionelle Parteien und Gewerkschaften, erarbeitete sich ein eigenes Profil.

Seit 1993 entwickeln sich antimilitaristische Gruppen, deren hervorstechender Ansatzpunkt der vergangenen Jahre die konsequente Kriegsdienstverweigerung und eine Kampagne gegen die Militärjustiz war. Der Fall von Osman Murat Ülke, der bis zum März 1999 zweieinhalb Jahre für seine Kriegsdienstverweigerung in Militär- und Zivilgefängnissen inhaftiert war, ist in Deutschland über einschlägige Friedenskreise hinaus bekannt geworden. Ülke ist Mitglied im Verein der KriegsgegnerInnen Izmir (ISKD), in dem sich KurdInnen und TürkInnen versammeln, um gegen eine tragende Säule des türkischen Staats aktiv zu werden: den

*) Jörg Rohwedder ist Mitarbeiter der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e. V. Kurve Wustrow.

Militarismus. Die antimilitaristischen Gruppierungen beschränken sich allerdings nicht darauf, sich gegen eine Struktur zu wehren, die durch einen 15 Jahre andauernden Krieg und den damit verbundenen immensen Rüstungsausgaben die Gesellschaft zu zerstören droht. Ziel des Vereins der KriegsgegnerInnen ist es, auch alternative, gewaltfreie Wege der Konfliktaustragung bekannt zu machen und zu praktizieren. So konnte es dieser recht kleinen Gruppe von Menschen innerhalb von fünf Jahren gelingen, die Begriffe „Gewissensverweigerung“ und „Gewaltfreiheit“, für die es keine türkischen Wörter gab, in der progressiven Linken bekanntzumachen. Die Konzepte, die dahinter stehen, sind aber noch nicht verbreitet und so war es ein wichtiger Schritt, Literatur zu diesem Thema zu veröffentlichen. Aus der Kooperation zwischen dem ISKD, der „Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) und der „Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow“ sind Veröffentlichungen in deutsch und türkisch hervorgegangen.¹

In der jetzigen Situation, in der viele politische Kräfte in der Türkei das Gefühl haben, in der Sackgasse zu stecken, wollen die antimilitaristischen Organisationen die Ideen gewaltfreier Konfliktaustragung intensiver an MultiplikatorInnen weitervermitteln. Mit Hilfe von Seminaren und Trainings zu gewaltfreier Aktion und Strategie soll eine Vielzahl von Personen in linken Gruppen und in sich im Aufbau befindenden Bewe-



gungen mit alternativen Handlungsweisen bekannt gemacht werden. Dabei kann auf bestehende Aktionsformen wie Hungerstreiks und Aktionen zivilen Ungehorsams zurückgegriffen werden. Der ISKD hat für diese Arbeit personelle Unterstützung aus Deutschland eingeladen. Zwei Friedensfachkräfte der „KURVE Wustrow“ unterstützen seit dem 1. November diesen Jahres für mindestens ein Jahr die Arbeit im Verein der KriegsgegnerInnen. Sie bringen ihr Wissen aus der Arbeit gewaltfreier Gruppen in Deutschland und den Aufbau ähnlicher Strukturen in Bosnien-Herzegowina ein. Sie unterstützen die Trainingsarbeit und beraten bei der Planung von Aktionen.

Die Anwesenheit der ausländischen Friedensaktivisten verspricht auch einen gewissen Schutz. Der türkische Staat hat sich bisher durch internationale Präsenz zwar wenig beeindrucken lassen, aber kleine Verbesserungen können so dennoch erreicht werden. Für den Bereich Antimilitarismus gibt

es seit Jahren ein funktionierendes Alarm- und Informationsnetz. Sollte ein Aktivist oder eine Aktivistin verschleppt und inhaftiert werden, wird im Schnellsystem eine Briefaktion gestartet, die mit Protestbriefen zumindest die Behandlung im Gefängnis zu lindern vermag.

Inzwischen zeichnet sich ab, daß eine Förderung aus den neuen Mitteln des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) für den Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes (ZFD) ausgeschlossen ist. Die Friedensarbeit in der Türkei ist auf die politische und finanzielle Solidarität vieler Menschen angewiesen. Strukturen von gewaltfreier Konfliktaustragung brauchen Zeit und Geld, um errichtet zu werden. Ein Einfluß auf gesellschaftliche Veränderungen wird über wenige, aber pointierte Ereignisse, wie zum Beispiel die Verhaftung eines Kriegsdienstverweigerers, die über mehrere Wochen zum öffentlichen Thema gemacht werden konnte, sichtbar werden.

Antimilitaristische Vernetzung: Osman Murat Ülke im Gespräch.

Spenden für das Projekt „Friedensarbeit in der Türkei unterstützen“ können auf das Konto 55 66 33-309 der KURVE Wustrow, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30 eingezahlt werden. SpenderInnen werden in das Alarmnetz aufgenommen. Weitere Informationen sind erhältlich bei: KURVE Wustrow, Kirchstraße 14, D-29462 Wustrow, Tel.: 05843-507, Fax 1405.

¹ *Aufstehen gegen Kulturen der Gewalt. KOMZI-Verlag, 1997*

Krieg und Fotografie

Zur Wahrnehmung des Krieges

Wie objektiv ist ein Objektiv? Was macht ein Fotograf im Krieg? Und was sagt der Jedi-Ritter dazu?

VON DORIS WALLNÖFER*

Die Fotografie leitete das Zeitalter des objektiven Blicks ein. Von ihr erhoffte man sich ein neutrales Betrachten von Objekten. Diese Schärfung des Sehens brachte eine neue Form der Repräsentation mit sich und löste die bis dahin vorherrschende Repräsentation durch das Bild und die Plastik ab. „Die Dinge entwickelten sich so schnell, daß schon um 1840 die meisten unter den zahllosen Miniaturalern Berufsphotographen wurden“ (Benjamin 1996, 53). Der Blick durch das Objektiv verändert unsere Wahrnehmung, im besonderen auch die Wahrnehmung des Krieges. Beginnen wir mit der Frage: Was macht ein Fotograf im Krieg? Er hält einzelne Bewegungen und Bewegungsabläufe fest. Die Aufnahmen haben vielfach eine Vorher-Nachher-Funktion. So zeigen sie beispielsweise die Situation vor, während und nach der Schlacht. Ereignisse werden aus verschiedenen Perspektiven aufgenommen. Der Fotograf muß bei seiner Arbeit technische Details berücksichtigen, die Einstellungen des Apparates auf die Lichtverhältnisse und die Entfernung zum Objekt berechnen sowie Format und Bildausschnitt bestimmen. Kämpfe, Massaker, Leid, Tod, Sterben nimmt er durch das Objektiv der Kamera vor seinem Auge wahr, während das zweite Auge geschlossen bleibt. Realität wird so als eine Abfolge von Bildern wahrgenommen. Diese besondere Erlebnisweise bedeutet eine er-

hebliche Distanzierung von dem eigentlichen Geschehen und eine Reduktion der sinnlichen und affektiven Wirkung, die von ihm ausgehen. Die Isolierung und Technisierung des Augensinns hat eine versachlichte Wahrnehmung zur Folge, die das Gesehene nicht in die seelische Vorstellungswelt des Fotografen eindringen läßt. Der Fotoapparat neutralisiert die Einbildungskraft, er läßt mit „kaltem Auge“ sehen (vgl. Reifarth/Schmidt-Linsenhoff 1995, 493 ff.).

Der Historiker Bernd Hüppauf geht davon aus, daß die Kriegsfotografie seit dem Ersten Weltkrieg die neue Disproportionalität zwischen Mensch und Destruktionsapparat, dem einzelnen Soldaten und dem unübersehbaren Raum der Front, dokumentiert. Er setzt sich mit der fotografischen Repräsentation von Gewalt im Zweiten Weltkrieg auseinander und fragt nach deren Funktion. Zentral ist für ihn der durch die Fotografie geäußerte Wunsch nach Dokumentation, der Glaube an die Kraft des Bildes als Bild. Gegenüber der Unsicherheit des eigenen Ichs angesichts der Erfahrung der Totalität des Krieges und der Gewalt, wird versucht, eine objektive Sicherheit zu setzen (vgl. Hüppauf 1995, 506 ff.). Die Fotos des Weltkrieges lassen eine spezifische Entleerung erkennen, einen entleerten Blick, wie Hüppauf es nennt: Die Fotos, die Verbrechen an der Zivilbevölkerung oder industrielle Vernichtung

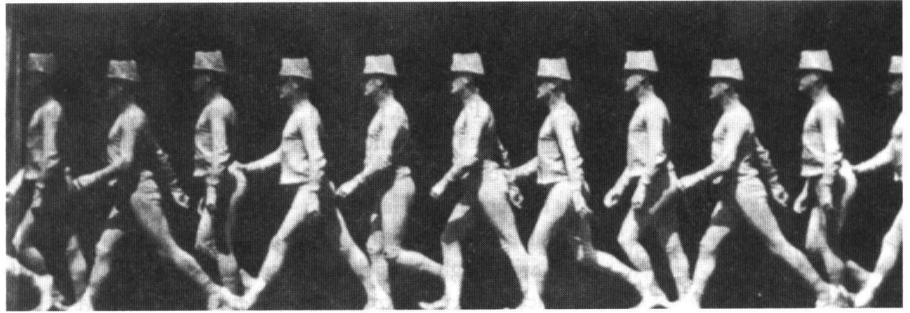
festhalten, sind aus einer Perspektive der Entsubjektivierung aufgenommen worden. Dabei ist das Auge vom Ich des Fotografen losgelöst, sein Blick stammt aus dem zeit- und raumlosen Nirgendwo. Dieser Blick aus dem Nirgendwo läßt sich als äußerste Steigerung im Prozeß der Rationalisierung des Blicks verstehen und kann nur dann funktionieren, wenn wir es mit einem entleerten Ich zu tun haben. Das Foto kann demnach als Versuch gewertet werden, seine eigene bedrohte Identität zu sichern: „Vor den Szenen der unglaublichen Gewaltsamkeit suggeriert der entleerblickte Blick aus dem Nirgendwo eine Macht, nicht über das Geschehen vor dem Objektiv, sondern über die gefährdete Identität des Ichs hinter dem Sucher. Solange eine Wirklichkeit, die alles Erwartete und bis dahin Gesehene sprengt, die alle Ideale von Humanität und alle Bilder vom Menschen widerlegt, dem organisierenden Blick aus der interesselosen Maschine Fotoapparat unterstellt werden kann, scheint das Ich von diesem Anblick nicht unmittelbar betroffen zu sein und kann sich der Hoffnung hingeben, über die Zeit hinweg seine eigene Konsistenz zu bewahren“ (Hüppauf 1995, 514).

Die ich-stabilisierende Trennung beruht demnach auf einem beobachtenden Subjekt und einem beobachteten Objekt. Durch die Kamera hofft man eine Welt festhalten zu können, zu der der Fotograf nicht gehört, und zu der ihm die Kamera auf Distanz hält. Man hofft, dem eigenen Ich einen Raum zu erhalten, der von der totalen Zerstörung unbeschädigt bleibt. Das Fotografieren ist in diesem Zusammenhang als

*) Doris Wallnöfer ist Politologin und Mitarbeiterin im Romano Centro in Wien

ein Akt der Auflehnung gegen die Entsubjektivierung, die die beiden Weltkriege sichtbar machten, zu begreifen. Daß der Fotograf sich im Verhältnis zu dem/der Betrachteten in einer privilegierten Machtposition befindet, liegt auf der Hand - dies um so mehr in einer Zeit, in der Macht und Machtlosigkeit bis ins Absolute gesteigert wurden. Fotos, die im Zusammenhang mit der Gewalt im Zweiten Weltkrieg stehen, können folglich nicht mit Kategorien wie „böser“ oder „verständnisvoller“ Blick beschrieben werden, da sie, so Hüppauf, einen kalten Blick voraussetzen. Das bedeutet, daß die Frage nach der Bedeutung von Bildern aus der NS-Zeit für den Fotografen und für uns BetrachterInnen nicht allein mit dem Verweis auf die mörderische Ideologie des Nationalsozialismus zu beantworten ist. In diesem Sinne ist auch Klaus Theweleits Bemerkung zu verstehen, daß er nicht an „das bloße Festhalten von Wirklichkeit“ durch Fotografie glaube. Genauso wenig hält er von Hinweisen der Fotografen, daß es nicht ihre Schuld sei, „wenn da so viel Schreckliches passiere“. Für ihn ist der Fotograf (im weitesten Sinne, denn Fotograf ist in seinem Text im Grunde auch der soldatische Mann) gleich einem Suchscheinwerfer, der von seinem anvisierten Objekt ein Bild entstehen läßt. Dieses Bild kommt einem Polizeifoto gleich, welches den Eindruck vermittelt, daß der/die Abgebildete nicht mehr lange unter den Lebenden weilen würde. (vgl. Theweleit 1995, 223)

Der technisch gerüstete Blick ist aber nicht bloß kalter Blick, der dem Betrachter/der Betrachterin eine Distanzierung und Stabilisierung



erlaubt, sondern - wie der Verweis auf Theweleit bereits andeutet - handelt es sich dabei auch um ein „zielendes Auge“, welches jederzeit zum Blitzangriff auf sein Opfer bereit ist. Die Kamera ist im Regelfall männlich besetzt und die Nähe zum Militärischen ist nicht zu übersehen. Der kriegsbegeisterte und gewaltverherrlichende Ernst Jünger etwa beschreibt die Fotografie als Waffe, die das Sehen zu einem Akt des Angriffs umwandelt. Ähnlich wie Hüppauf geht Jünger davon aus, daß die Fotografie aufgrund ihres teleskopischen Charakters ermöglicht, Vorgänge durch ein unempfindliches und unverletzliches Auge zu sehen. „Die Photographie ist als ein Ausdruck der uns eigentümlichen, und zwar einer grausamen, Weise zu sehen. Letzten Endes liegt hier eine Form des bösen Blicks, eine Art von magischer Besitzergreifung vor“ (Jünger 1960, 189). Recht aufschlußreich sind auch die Bezeichnungen für die ersten entwickelten Kameras: 1874 erfand der Franzose Jules Janssen seinen „astronomischen Revolver“, der bereits Reihenaufnahmen ermöglichte. Als Vorbild für seine Entwicklung diente ihm der Trommelrevolver, der ein Vorläufer des Maschinengewehrs war. In Anlehnung an Janssens Entwicklung konstruierte Étienne-Jules Marey die „fotografische Flinte“, auch *chronofotografisches Ge-*

wehr genannt, die es erlaubte, ein bewegliches Objekt anzuvisieren und aufzunehmen. Der neu entwickelte Fotoapparat hatte zunächst dieselbe Aufgabe wie das Gewehr, das Gewehr wiederum dieselbe wie das Auge: das Zielen. Das Leitmotiv des Panoptikums Sehen ohne gesehen zu werden, wurde auch für die Fotografie bestimmend und führte zur Herausbildung eines voyeuristischen Blicks, eines „heißen Blicks“ sowie zu einer Technik der Selbstvergegenwärtigung und Selbstkontrolle. Dieser voyeuristische männliche Blick stellt ein für die Moderne hegemoniales Modell dar.

Das Modell des Sehens ohne gesehen zu werden wurde von den militärischen Aufklärungsflugzeugen übernommen. Das Sehen wurde zum Fliegen und umgekehrt. Die ursprüngliche Militärluftfahrt bestand nicht im Einsatz von bewaffneten Flugzeugen, diese wurden von den Generalstäben zunächst abgelehnt, sondern in der Luftaufklärung. Interessant ist dabei, daß die Luftfahrt und der Film gegen Ende des 19. Jahrhunderts gleichzeitig in Erscheinung traten. Die Luftaufklärung wurde zur Information der Bodentruppen und zur Aufnahme von Fotos betrieben, die Augen des Flugzeugs, die Kamera, beleuchtete die Orte des Krieges. Die Realität des Krieges ging nun in einer kinemati-

Étienne-Jules Marey: Chronophotographie: Der Marsch des Soldaten (1882)

sehen Wahrnehmung auf. Das Sehen aus der Luft beschränkte sich nicht mehr auf die Zeit im Flugzeug, sondern konnte durch Foto und Film jederzeit erfolgen. Die Logik der Flugaufklärung lag darin, daß sie selbst unsichtbar (so weit wie möglich), sichtbar machen sollte. Sie entzog sich dem Blick des anderen, um selbst sehen zu können, und ermöglichte so eine neue Lektüre des Schlachtfelds. Auch der Blick aus dem Bunker – ähnlich dem durch die Linse – funktioniert nach diesem Schema: Die Sehschlitze des Bunkers, wie auch das Zusammenknäuen des Lids, reduzieren das Blickfeld auf das Wesentliche, das Ziel. Während des Ersten Weltkrieges wurden die erstmals eingesetzten Jagdbomber mit Repetierfotografie und Repetiergewehr ausgestattet. Fotografie und Gewehr wurden so miteinander verkoppelt, daß Aufklärung und Zerstörung unmittelbar gemeinsam wirkten. Die Kamera wurde so installiert, daß der Pilot bei der Betätigung seiner Waffen gleichzeitig auch die Kamera auslöste. Die Funktion des Auges ging nun in der Funktion der Waffe auf (vgl. Virilio 1994, 35). Die Devise der Artillerie im Ersten Weltkrieg lautete folglich: Was beleuchtet ist, ist entdeckt, ist zerstört. Nachdem der Krieg zu einem Stellungskrieg wurde, übernahm die Luftaufklärung die Aufgaben der überflüssig gewordenen Kavallerie. „Alles änderte sich, so daß die Generalstabskarten, die alten topografischen Vermessungen, hinfällig wurden. Nur die Blende des Objektivs konnte den Film der Ereignisse konservieren, den momentanen Frontverlauf, die Sequenzen eines fortschreitenden Verfalls. Neue Kampfstellungen, Ein-

schläge der Fernfeuerwaffen, der Grad der Zerstörung der Stellungen: allein die Repetierfotografie konnte mit den Waffen Schritt halten“ (ebd., 157).

Das neue Waffenauge läßt also eindeutig eine geschlechtsspezifische Codierung erkennen. Es entlarvt sich als „männlicher“ Blick, als ein lustvoller und/oder verachtender Blick des Betrachters auf das „weiblich“ besetzte Objekt. Die visuelle Lust ist als Produkt einer wissenschaftlichen Vermessung des Körpers, die mit den optischen Geräten des ausgehenden 19. Jahrhunderts möglich wurde, zu begreifen. In diesem Zusammenhang sind die ersten mittels Serienfotografie erzeugten Bewegungsstudien von Eadwaerd Muybridges zu erwähnen. Durch die im technischen Bild neu entstandenen Körper, entwickelte sich auch eine neuartige Lust am Anblick (vgl. Peters 1998, 17 f.). Auch im Kino kommt dieser militärisch-männliche Blick zu tragen. Virilio zufolge nimmt der Krieger den Voyeurismus des Regisseurs/des Zuschauers vorweg. Der obszöne Blick, den der militärische Eroberer auf das vom Krieg verwüstete Gelände wirft, gleicht jenem, den er auf den Körper der ferngerückten Frau wirft. Im Kino gibt es – im Unterschied zum Theater – im Grunde immer nur einen Zuschauer. Denn wenn der Filmstar in die Kamera blickt, blickt er gleichzeitig allen Zuschauern in die Augen, egal wo diese auch sitzen mögen. Das hat zur Folge, daß ein jeder genau so sieht wie die Kamera. Der Zuschauer wird sozusagen zur Kamera, von der es aber nur eine gibt. Er wird aufgrund der Verdunkelung in die Position des Voyeurs und des Angreifers versetzt, er fliegt sozu-

sagen (vgl. Virilio 1994, 39). Die Kamera ist von nun an zwischen dem Menschen und der Welt, sie gibt seine Perspektive vor, die ihre ist.

Fotografie ist also weit mehr als nur ein Zeitdokument oder eine Momentaufnahme aus dem Krieg. Der Funktion als Zeitdokument mit Anspruch auf Authentizität wird sie jedoch, wenn überhaupt, nur dann gerecht, wenn sie ausreichend beschriftet ist. Wie wichtig eine sorgfältige Kontextualisierung von Bildern ist, zeigt etwa die jüngste Kritik an der Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Die Initiatoren der Ausstellung erklärten kürzlich, sie hätten die Macht der Bilder unterschätzt. Zwar hat die Ausstellung den BesucherInnen auch einiges an Textmaterial zu bieten, die Anziehungs- und Aussagekraft geht jedoch eindeutig von den Bildern aus. Das brachte freilich den Vorteil mit sich, daß die Ausstellung so gut besucht war – hätte sie nicht so stark mit Bildern gearbeitet, wäre die BesucherInnenzahl sicherlich weitaus geringer ausgefallen.

Abgesehen davon, daß das Objektiv Kriege noch nie objektiv festgehalten hat, ist Fotografie eben nicht nur in Zeiten des Krieges Teil der „Logistik der Wahrnehmung“ (Virilio) – auch wenn dafür inzwischen Bilder der Echtzeit, der Geschwindigkeit, natürlich weitaus effizienter eingesetzt werden. Im Spiel der Bilderfluten mit der Vorstellungskraft der BetrachterInnen ist kein Ende absehbar, und es scheint ganz so, als ob irgendwer auf Autopilot geschaltet hätte. Das erinnert an Star Wars und an einen Spruch des Jedi-Ritters: „Die Art der Wahrnehmung bestimmt unsere Realität.“

Literatur:

- Benjamin, Walter, 1996: *Kleine Geschichte der Photographie*, in: ders., *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, Frankfurt/M.
- Hüppauf, Bernd, 1995: *Der entleerte Blick hinter der Kamera*, in: Heer, Hannes/Naumann, Klaus (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*, Hamburg, S. 504-527
- Jünger, Ernst, 1960: *Über den Schmerz*, in: ders.: *Werke*, Band 5, *Essays I, Betrachtungen zur Zeit*, Stuttgart, S. 151-198
- Peters, Kathrin, 1998: *Die obszöne Fotografie. Einige Fragen*, in: *metis. Zeitschrift für historische Frauenforschung und feministische Praxis*, Nr. 13, S. 17-30
- Reifarth, Dieter/Schmidt-Linsenhoff, Viktoria, 1995: *Die Kamera der Täter*, in: Heer, Hannes/Naumann, Klaus (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*, Hamburg, S. 475-503
- Theweleit, Klaus, 1995: *Männerphantasien*, Band 2, München
- Virilio, Paul, 1994: *Krieg und Kino. Logistik der Wahrnehmung*, Frankfurt/M.

Militär und Geschlechterverhältnis

Der Krieg ist männlich. Zumindest will uns die offizielle (männliche) Geschichtsschreibung das weismachen. Auch die Organisation Militär steht dem um nichts nach. Obwohl es kaum mehr eine Armee gibt, in der Frauen nicht zumindest als Verwaltungsangestellte beschäftigt sind, sind Krieg und Militär extrem männlich kodiert.

Dabei hatten Frauen immer einen großen Anteil an der Kriegführung, nur waren sie selten gleichberechtigt. Praktisch exklusives Zutrittsrecht zur Front war den Männern vorbehalten. Auch in der israelischen Armee, die den Ruf hat, Frauen gleichberechtigt zu behandeln und zu integrieren, werden Frauen nicht in kämpfende Einheiten aufgenommen. Ihnen stehen nur Tätigkeiten in der Verwaltung, in Pflegediensten und der Ausbildung offen. In den USA gibt es eine sogenannte „Kampfausschlussklausel“ für Frauen. Soldatinnen wurden auch im Golfkrieg nur in der Etappe eingesetzt, jedoch nicht direkt an der Front.

Auch in Österreich wird dies wohl noch nicht so bald der Fall sein. Frauen besitzen seit einiger Zeit zwar die Möglichkeit, den Beruf der Soldatin zu ergreifen, zu Auslandseinsätzen im Rahmen der UN- oder OSZE werden sie meines Wissens jedoch noch nicht herangezogen.

Der Ausschluß von Frauen vom Militär und von direkten Kampfhandlungen wurde damit begründet, daß

die Frauen vor den Folgen des Krieges geschützt werden müßten und daß das Töten nicht in ihrer Natur liegen würde. Dies sei Bestandteil der männlichen Psyche. Außerdem stünden Frauen in Kampfeinheiten der emotionalen Bindung der männlichen Soldaten im Weg.

Seit der technischen Weiterentwicklung der Waffen und der Änderung der Kriegführung, sind etwa 90 % aller Opfer unter Zivilisten und Zivilistinnen zu finden, die Mehrzahl davon sind Frauen und Kinder. Also diejenigen, die die Organisation Militär vom Krieg und seinen Folgen fernhalten und beschützen will.

Die Erforschung des Verhältnisses von Militär, Krieg und Geschlecht ist im deutschsprachigen Raum defizitär. Anders ist die Situation in den angelsächsischen Ländern. Dort gibt es eine etwa 20 Jahre lange Tradition der wissenschaftlichen Erforschung dieses Verhältnisses. Mittlerweile hat sich ein breit gefächertes theoretisch und empirisch fundierter Forschungsbereich herausgebildet. Diesen Umstand wollen die Herausgeberinnen Ruth Seifert und Christine Eifler ändern. Mit dem vorliegenden Band wollen sie die wichtigsten Grundzüge der internationalen Diskussion darstellen und mit Arbeiten aus dem deutschsprachigen Raum zur Verbesserung der defizitären Situation beitragen.

Ruth Seifert ist neben ihrer Tätigkeit in den Bil-

dungseinrichtungen der deutschen Bundeswehr eine der aktivsten Autoren und Autorinnen im Bereich der Militärsoziologie im allgemeinen und der militärsoziologischen Forschung unter der Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse im speziellen. Christine Eifler arbeitete bei Erscheinen des Buches an einem vergleichenden Forschungsprojekt über das Militär als Ort sozialer Konstruktion von Geschlecht.

Der einführende theoretische Teil ist ausgesprochen kurz geraten. Ein theoretischer Überblick über die internationalen Debatten wird zwar geliefert, aber eine Infragestellung der Organisation Militär als Ganzes findet nicht statt. Das Hauptthema des Bandes, die soziale Konstruktion von Geschlecht im Militär und deren Übernahme durch die Gesellschaft, wird abgehandelt, ohne daß die Fragestellungen in eine prinzipielle antimilitaristische Kritik eingebettet sind. Die Frage, ob es sinnvoll ist, daß Frauen dem Männerbund Militär überhaupt beitreten, wird nicht debattiert.

Gerade solch eine Diskussion wäre aber gerade jetzt, vor allem vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der BRD, wo sich Frauen mittels einer Klage beim Europäischen Gerichtshof das Recht erstritten haben, für das Wohl der Nation nicht nur die männlichen Totschläger in Uniform zu verarzten, sondern auch selber zu ballern, ausgesprochen notwendig.

Krieg und Militär sind vergeschlechtlicht. Ebenso sind sie geschlechtsbestimmend. Ein Sammelband liefert eine Analyse der Konstruktion von Geschlecht durch das Militär, hat an der Armee selbst aber nichts auszusetzen.

VON MARKUS PINTER



Christine Eifler/Ruth Seifert (Hg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis. Forum Frauenforschung, Band 11. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1999, 281 Seiten, 29,- €

Haus für Deserteure aus Jugoslawien in Budapest

Die Idee für das Projekt entstand im Mai 1999 unter Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus Jugoslawien, die in Ungarn Zuflucht gesucht haben. Das Haus für Deserteure steht nicht nur Kriegsdienstverweigerern serbischer Herkunft als Anlaufstelle zur Verfügung, sondern zum Beispiel auch jenen, die sich der Rekrutierung durch die UCK entzogen haben. Als Kriegsflüchtlinge haben sie in Ungarn derzeit das Recht für ein Jahr zu bleiben. Was nach dem Jahr passiert, weiß niemand. Es ist für die Betroffenen oftmals nicht möglich, herauszufinden, ob nach der Aufhebung des Kriegszustandes auf dem Gebiet der BRJ (am 26. Juni 1999) eine Anklage gegen sie erhoben wurde oder nicht. Gemäß dem Strafgesetzbuch der BRJ werden „alle, die aus einem ungerechtfertigten Grund, allgemein oder individuell, der Einberufung oder Mobilisierung nicht nachkamen oder vor den Militärbehörden nicht erschienen (...) mit Gefängnis von einem bis zu zehn Jahren bestraft“. Wer sich, unabhängig davon, während des Kriegszustandes einer Generalmobilmachung oder einer individuellen Einberufung zum Militärdienst durch Verstecken entzieht oder ins Ausland geht, wird mit mindestens 5 bis 20 Jahren Gefängnis bestraft.

Die Flucht vor dem Krieg endete für die meisten in Budapest. Desertion ist noch immer kein anerkannter Asy-

lgrund. Vielmehr wird Menschen, die sich dem Zugriff durch die Armee entziehen, die Zufluchtsmöglichkeit genommen. Die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht wird höher gewertet als das Recht des Einzelnen, sich dem Kriegsdienst zu entziehen und frei über sein Leben zu bestimmen. Dies führt dazu, dass Deserteuren aus der jugoslawischen Armee ein gesichertes Bleiberecht in den EU-Staaten verwehrt wurde, während gleichzeitig NATO-Truppen im Namen der Menschenrechte jugoslawische Städte bombadierten und mit Flugblättern zur Desertion aufriefen.

In Deutschland wurden jetzt erstmals Kriegsdeserteure aufgenommen, die offiziell ein Visum wegen ihrer Verweigerung erhalten haben. Münster ist die erste Stadt, die den entsprechenden Ratsbeschluss aus dem Jahr 1996 auch in die Praxis umgesetzt hat. Ähnliche Rats-

beschlüsse und Ambitionen gibt es in mehreren deutschen Städten (Osnabrück, Bonn, Freiburg, München).

In enger Zusammenarbeit mit antimilitaristischen Organisationen in Deutschland (zum Beispiel Connection e.V. in Offenbach) unterstützen die Initiatoren des Hauses für Deserteure diese positive Entwicklung und hoffen auf ähnliche Initiativen in anderen Ländern und Städten. „Die Leute, die sich in Budapest aufhalten, wissen nicht mehr weiter. Daher ist es wichtig, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen“, so ein Vertreter des Projekts. Der Schwerpunkt der Arbeit in Budapest liegt im Moment in der Bildung einer eigenen Organisation von Deserteuren, welche eine offizielle Registrierung bereits beantragt haben. Sie hoffen damit gegenüber den ungarischen Behörden und auf internationaler Ebene ihren Status verbessern zu können. Sie bieten regelmäßige Beratung

an und organisieren und verteilen Hilfe, die sie durch das Projekt erhalten. Die Hilfe dient vorrangig der Absicherung existentieller Bedürfnisse der Deserteure und ihrer Familien.

Der Landesverband Bayern der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, welcher seit 1984 jährlich einen Friedenspreis verleiht, gab diesen Preis für das Jahr 1999 an das Haus für Deserteure in Budapest. Damit wurde die Arbeit aller Mitwirkenden offiziell gewürdigt und auch finanziell unterstützt. Da sich eine Änderung der Situation in Serbien (keine Amnestie für Deserteure in Aussicht, ...) nicht abzeichnet, wird das Projekt in Budapest auch in Zukunft auf jede Unterstützung angewiesen sein.

Spendenkonto: 70 85 703, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 370 20 500, Stichwort: „Haus für Deserteure“.

ARGE bietet antimilitaristische Schulstunden an

Die ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit organisiert in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Versöhnungsbund und den Österreichischen Friedensdiensten antimilitaristische Unterrichtseinheiten an Schulen.

Um verstärkt Jugendliche zu erreichen, starten wir ein

Angebot für Schulen. Aufbauend auf unseren Erfahrungen bieten wir Vorträge, Impulsreferate, Diskussion und Beratung zu den Themen Wehrpflicht, Zivildienst und freiwillige zivile Dienste an. Darüber hinaus führen wir auch Diskussionen mit den Schülerinnen und Schülern über Gewaltfreiheit, Kon-

fliktlösung und Legitimität von Krieg. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Entwicklung von nicht-militärischen Lösungsansätzen, Konfliktdeeskalationsmodellen und vorausschauenden Programmen zur Verständigung zwischen Volksgruppen. Wir lehnen jede nationalistische Hetzpropaganda ab.

Unser Anliegen ist es, den betroffenen SchülerInnen eine Entscheidungshilfe bei der Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst sowie freiwilligen zivilen Diensten zu geben, gleichzeitig die Hintergründe nationaler und internationaler Konflikte zu beleuchten und den Diskussionsprozess zwischen den SchülerInnen zu unterstützen.

Unsere Themenschwerpunkte:

• **Gewaltlos**

aber nicht machtlos

Gewaltfreiheit stellt einen dritten Weg zwischen Gewaltausübung zur Durchsetzung eigener Interessen und Passivität oder Resignation angesichts bestehender Gewalt dar, sowohl im persönlichen als auch im gesellschaftlich-politischen Bereich. Gewaltfreies Handeln kann gelernt und eingeübt werden.

• **Militär**

löst keine Konflikte

Fast alle Kriege wurden in den letzten zehn Jahren als Kriege innerhalb eines Nationalstaates geführt. Gleichzeitig führen Staatengemeinschaften immer mehr Interventionskriege. Waffenstillstände werden erzwungen, Kriegsursachen werden oft nicht hinterfragt. Demgegenüber steht der Ansatz, Konflikte ernst zu nehmen, zwischen den Streitparteien zu vermitteln, eine Lösung zu erreichen, die von den Beteiligten gerecht empfunden wird. Erste Ansätze bieten die OSZE und nichtstaatliche Friedensdienste.

• **Neutralität**

und NATO-Beitritt

Wir fordern eine breite Diskussion mit anschließender Volksabstimmung über die zukünftige Friedenspolitik Öster-

reichs. Kein stillschweigender Beitritt zum Militärbündnis NATO.

• **Kein Mensch ist illegal**

Kriege hinterlassen nicht nur Tod und Zerstörung, das Sozialgefüge zwischen den Menschen zerbricht, viele müssen ihre „Heimat“ verlassen. Deserteure und Flüchtlinge haben ein Recht vor Verfolgung geschützt zu werden. Die ARGE tritt für vorurteilsfreie Aufnahme von vertriebenen Menschen ein.

• **Wehrdienst, Zivildienst und freiwilliger Friedensdienst**

Der Zivildienst ist als Wehersatzdienst in das Zwangskorsett der allgemeinen Wehrpflicht eingebunden. Sozial- und Friedensdienste können von motivierten Freiwilli-

gen viel besser gestaltet werden und können den Zivildienst ersetzen.

• **Frauen und Bundesheer**

Seit dem 1. April 1998 können Frauen ins Bundesheer eintreten. Die Militärs aller Staaten entsinnen sich immer dann der Frauen als Soldaten, wenn die Männer nicht mehr zum Heer gehen möchten. Wenn Frauen zum Töten ausgebildet werden sollen, dient das sicher nicht der Gleichberechtigung.

Die aktuelle politische Entwicklung zeigt uns, wie wichtig antirassistische und antimilitaristische Informationen für die Meinungsbildung sind. Wir bewegen uns, auch wenn die schwarz-blauen Schergen uns in Ketten legen wollen.

ARGE für Wehrdienstverweigerung

Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien

Telefon ++43-1/535 91 09, Telefax ++43-1/532 74 16

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDONNAY	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

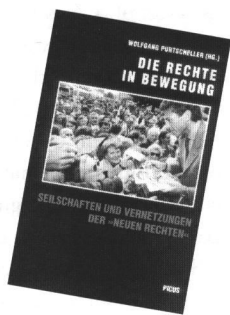
☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



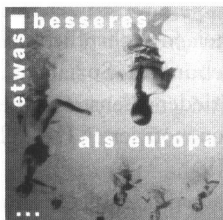
Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“

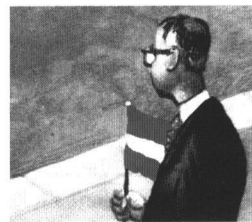


Aktuell: T-Shirts „Kein Mensch ist illegal“



Fast neu: CD „Etwas besseres als Europa“
total time 1:16:03

attwenger • b.d.f. • bone • dharma
bums insane • die knödel • hermann
wurzer • loud • m.g. firebug • naked
lunch • play the tracks of • puemp
• reas • schönheitsfehler • scrooge
• shaken not stirred • sigi maron •
sigis bruder • the more extended versions
• those who survived the plague



Dauerbrenner: Ratgeber
Wehrdienstverweigerung

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
Ausland: 350,- ATS
Übersee: 450,- ATS
Förderabo: 700,- ATS

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Purtscheller: **Die Rechte in Bewegung**
☐ Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg**

Die Mediadaten

- ☐ Ich bin eventuell an einer Einschaltung in der Zeitschrift und/oder in der Internet-Ausgabe von **Context XXI** interessiert. Senden Sie mir bitte Mediadaten und Terminplan.
☐ und kontaktieren Sie mich telefonisch unter der Nummer:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHRend – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck klein ☐ L ☐ XL	120,-
___ Stück	VERGRIFFEN	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck groß	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
___ Stück	VERGRIFFEN	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:

illoyal

Journal für Antimilitarismus
erscheint viermal im Jahr,
kritisiert und diskutiert

- neoliberale Kriege
- Bundeswehr – weltweit kriegsbereit
- Männlichkeit, Weiblichkeit, Soldatentum
- Ungehorsam und totale
Kriegsdienstverweigerung

herausgegeben von
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
- Information und Hilfe in Wehrpflichtfragen -
Einzelpreis DM 4, Jahresabo+Versand DM 20,-

Ja,

Ja, ich möchte ein kostenloses Probeheft!

Name

Anschrift

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Oranienstr. 25 · 10999 Berlin
Tel. 0 30 / 6 15 11 23 · Fax 0 30 / 6 1 50 05 29
www.illoyal.kampagne.de
e-mail: illoyal@kampagne.de

Context XXI im Buchhandel:

Die Zeitschrift ist in folgenden,
gut sortierten Buchhandlungen erhältlich:

Wien:

Bücher-Zentrum Wipplingerstraße
Infoladen 10
Monte Verità
Kolisch
Winter
Zentralbuchhandlung

Berlin:

Argument
Schwarze Risse

Wir suchen noch ...

... Frauen und Männer
für einen Friedensdienst
im ehemaligen Jugoslawien

Mitarbeit bei einer Friedens- und Menschenrechts-Organisation (Osijek, Sarajewo, Zenica), in einem interethnischen Jugend- und Sozialprojekt (Vukovar, Novi Sad), in einer Frauenorganisation (Skopje) oder beim universitären Wiederaufbau (Sarajewo, Banja Luka, Podgorica, Priština).

Erwünscht sind gutes Englisch, organisatorische und kommunikative Fähigkeiten und ev. Erfahrung in sozialer Arbeit.

Ein 14monatiger Friedensdienst gilt für Männer als Zivildienstersatz.

Österr. Friedensdienste

Mengerstr. 23, 4040 Linz
0732 / 24 40 11 - 556

oefd@khg-helm.uni-linz.ac.at

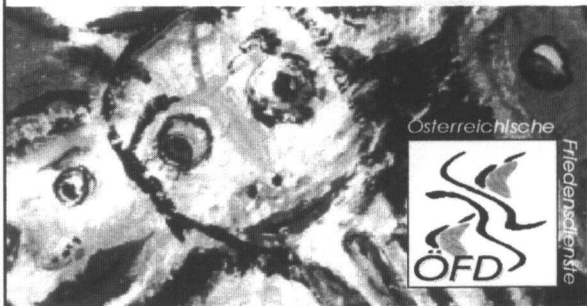
oder: Lederergasse
23/3/27

1080 Wien

01 / 406 59 22

oefd.wien@Eunet.at

Bild: Maria Anna Mohr



VHS Meidling

VHS-Kurs mit Stephan Grigat Einführung in die Globalisierungsdebatte

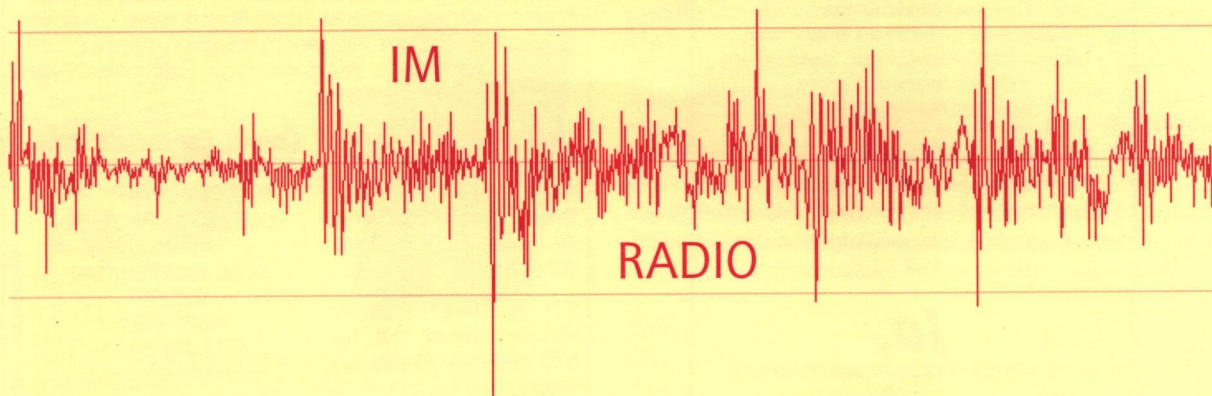
(Nr. 411019)

Globalisierung, Neoliberalismus, Deregulierung und Internationalisierung sind Begriffe, die die politische und gesellschaftliche Diskussion der letzten Jahre nachhaltig geprägt haben. Was verbirgt sich hinter solchen Schlagwörtern? In dem Kurs soll erläutert werden, was unter Globalisierung zu verstehen ist, ob die Globalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts eine neue Erscheinung ist und ob die Handlungsfähigkeit nationalstaatlicher Politik durch die Globalisierung eingeschränkt wird. Zudem wird über alternative Entwicklungsmöglichkeiten zu diskutieren sein.

**28. April bis 26. Mai 2000,
Freitag, 17³⁰ bis 19³⁰
Kursbeitrag 100,- ÖS**

Anmeldungen (nach Möglichkeit bis 21. April) an die VHS Meidling, Längenfeldgasse 13 - 15, 1120 Wien, Tel.: 810 80 67, Fax: 810 80 68-76110, E-mail: office@meidling.vhs.at

Context **XXI**



Wien  94,0 MHz
orange^{94.0}

Montag, 28. Februar, 19³⁰ Uhr
„Dealerparanoia und Rassismus“

Dauernde Sendevereinbarungen bestehen derzeit mit:

Radio FRO, Linz
im Rahmen des
FROzine,
Mo bis Fr / 18⁰⁰ bis 19³⁰



www.fro.at

Radio ORANGE, Wien
im Rahmen von
ORANGEaktuell,
Mo bis Fr / 19¹⁵ bis 20⁰⁰



www.orange.or.at

Radio AGORA, Klagenfurt
zu unterschiedlichen
Sendezeiten



www.buk.ktn.gv.at/agora